



REGIONALVERBAND MITTLERER OBERRHEIN



vierzig Jahre
Regionalverband Mittlerer Oberrhein

40 Jahre Regionalverband Mittlerer Oberrhein

57
2137

2137 qkm · 57 Gemeinden

1973–2013
RVMO *Jahre*

„Die Region ist unsere Leidenschaft“

40 Jahre – ein halbes Leben lang

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

die Region Mittlerer Oberrhein ist bekannt für ihre Spitzenposition in Wissenschaft und Forschung, für ihre attraktive Hochschullandschaft und den beständigen wirtschaftlichen Erfolg. Nicht zu vergessen: ihre beliebten Sonnenseiten mit Rhein, Wein und bester badischer Tradition. Weniger bekannt – zumindest in der Öffentlichkeit – ist die Institution, die seit nunmehr vier Jahrzehnten gewissermaßen hinter den Kulissen „Flächenregie“ führt und damit wesentlich zum regionalen Erfolgskurs beigesteuert hat: Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein.

„Die Region ist unsere Leidenschaft“ könnte ein durchaus passendes Motto für unsere Arbeit sein. Denn in der Sache geht es darum, kommunale Interessen und übergeordnete „Ziele der Raumordnung“ in Einklang zu bringen. Aber nur Fachkenntnisse und gesetzliche Vorgaben reichen nicht aus, um schließlich zu einem stimmigen „Masterplan“ zum Schutz und zur Nutzung der Flächen zu kommen; auch ein emotionaler Bezug gehört dazu. Zwischen Beruf und Berufung bewegt sich denn auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein, die als eines der Kernthemen unseres Verbands gilt. Hier zeigt sich, wo der europäische Gedanke ein Herzensanliegen ist und deshalb fruchtet.

Diese Broschüre soll einen kleinen Eindruck von unserer Arbeit in den vergangenen vierzig Jahren vermitteln, ohne jedoch die Gegenwart und Zukunft aus den Augen zu lassen. Aus diesem Anlass möchte ich mich bei allen bedanken, die sich für das Wohl der Re-



gion eingesetzt, weitreichende Entscheidungen mitgetragen, begleitet und umgesetzt haben. Dazu gehören in erster Linie die aktiven und ehemaligen Mitglieder der Verbandsversammlung. Mein besonderer Dank gilt Herrn Verbandsdirektor a. D. Dietrich Schmidt, seinem Nachfolger Herrn Dr. iur. Gerd Hager sowie dem Team der Geschäftsstelle im HAUS DER REGION.

Ich wünsche mir, dass der Regionalverband Mittlerer Oberrhein seine Region weiterhin auf dem richtigen Kurs halten kann und durch seine Arbeit bereichert!

Ihr
Josef Offele

Josef Offele
Oberbürgermeister a. D.
Vorsitzender des Regionalverbands

Inhalt

„Die Region ist unsere Leidenschaft“ Josef Offele, Verbandsvorsitzender	3	„Regionalplanung heißt Raumnutzungskonflikte lösen“ Interview mit Prof. Dr. Gerd Hager, Verbandsdirektor ...	28
„... für eine nachhaltige Raumentwicklung unverzichtbar“ Gisela Splett, Staatssekretärin	5	Privileg trifft Planung Die Energieerzeugung mit Sonne und Wind erfordert „eine ordnende Hand“	34
Von Planung, Planbarkeit und Planungseuphorie Oder: Regionalplaner als Pioniere einer geordneten Umwelt und Infrastruktur	6	Brennpunktthema Flächenverbrauch Freiraumschutz bleibt Tagesgeschäft	38
Planung als Aufgabe zur Gestaltung der Zukunft Interview mit Dietrich Schmidt, Verbandsdirektor a. D.	12	Der Blick in die Zukunft Wie Nahversorgung und Demografie, Klimaschutz und Klimawandel Hand in Hand gehen	42
„Söllingen hat die besten Karten“ Oder: Die lange Suche nach dem gemeinsamen Regionalflughafen Karlsruhe/Baden-Baden	18	Ausblicke ins Jahr 2053 Stimmen zur Zukunft der Region	46
„Der Regionalverband stellte entscheidende Weichen“ Nach langem Ringen eröffnete 2003 die Neue Messe Karlsruhe	21	Übersicht zur Zusammenarbeit in der Region Mittlerer Oberrhein	50
„Spiel ohne Grenzen“ Grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein im Karlsruher Kongresszentrum beflügelt	24	Die Mitglieder der Verbandsversammlung des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein	54
		Impressum	59

„... für eine nachhaltige Raumentwicklung unverzichtbar“

Von Staatssekretärin Gisela Splett MdL,
Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg



Der Regionalverband Mittlerer Oberrhein kann auf nunmehr 40 Jahre Regionalplanung zurückblicken, in denen er die Siedlungs- und Freiraumentwicklung der Region mitgestaltet und prägte. In dieser Zeit haben sich Gesellschaft, Wirtschaft und Verkehr erheblich verändert und manch neue Problemstellungen ergeben. Die zentrale Aufgabe des Regionalverbands ist aber weitgehend gleich geblieben. Denn nach wie vor geht es in der Regionalplanung um die Abwägung und Koordinierung von Raumansprüchen und das Managen und Lösen von Raumnutzungskonflikten aus überörtlicher und überfachlicher Perspektive.

Die Komplexität dieser Aufgabe zeigt sich bei der aktuell laufenden Planung von Vorranggebieten für die Windkraftnutzung sehr deutlich. Hier müssen in aufwändigen Planungsschritten unter intensiver Beteiligung auch der Öffentlichkeit unterschiedlichste Schutz- und Nutzungsansprüche ermittelt und Abwägungen vorgenommen werden, in die alle berührten Belange mit ihrer jeweils im Einzelfall zustehenden Bedeutung einzustellen sind. Dies macht die Planung oftmals schwierig und aufwändig. Der hohe Aufwand lohnt sich aber, weil es nur so zu rechtssicheren Planungen kommt und nur so die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für den notwendigen Ausbau der Windkraft gefördert werden kann.

Der Regionalplan bildet das Kursbuch für die räumliche Entwicklung einer Region. Seine Vorgaben zur anzustrebenden Siedlungs- und Freiraumstruktur dienen dem Schutz der Freiräume und der Konzentration der Siedlungstätigkeit auf geeignete Standorte mit guter Infrastrukturausstattung. Die Regelungen

zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels wirken der Ansiedlung von immer mehr und immer größeren Einkaufszentren auf der grünen Wiese entgegen und tragen damit zur Sicherung lebendiger Zentren und der verbrauchernahen Versorgung bei.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass Regionalplanung für eine nachhaltige Raumentwicklung unverzichtbar ist. Die Landesregierung hat sich deshalb im Koalitionsvertrag klar zur Regionalplanung und zu den Regionalverbänden bekannt.

Auch in den kommenden Jahren geht der Regionalplanung die Arbeit nicht aus.

Die Steuerung und Reduzierung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke bleibt eine Daueraufgabe, nicht nur für die Regionalplanung. Die sich aus der Energiewende und dem Klimaschutz ergebenden Anforderungen sind in wichtigen Teilen heute schon erkennbar, etwa beim Ausbau erneuerbarer Energien oder beim Aus- und Umbau der Stromnetze. Ähnliches gilt für regionalplaneri-

sche Beiträge zu den raumbedeutsamen Folgen des demografischen Wandels. Verstärkt sind auch Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel wie z.B. die Sicherung und Entwicklung von Freiräumen mit klimatischer Ausgleichsfunktion gefragt.

Die Regionalverbände in Baden-Württemberg sind seit ihrer Gründung im Jahr 1973 dadurch charakterisiert, dass sie als Träger der Regionalplanung Teil der Landesplanung und gleichzeitig als Körperschaften des öffentlichen Rechts kommunal verfasst sind. Damit verbunden ist auch eine Art Mittlerfunktion zwischen der Raumordnung auf Landesebene und der kommunalen Bauleitplanung, die sie erfolgreich nur durch eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit nach beiden Seiten wahrnehmen können. Die Regionalplanung muss dabei stets eine eigene – regionale - Perspektive entwickeln, die nicht immer örtlichen Einzelinteressen entspricht oder auch nur entsprechen könnte.

Für diese und für alle seine anderen Aufgaben wünsche ich dem Regionalverband Mittlerer Oberrhein weiterhin gute regionale Entwicklungskonzepte und wie bisher die notwendige Überzeugungskraft, in regionalen Zusammenhängen zu denken und zu handeln.

Von Planung, Planbarkeit und Planungseuphorie

Oder: Regionalplaner als Pioniere einer geordneten Umwelt und Infrastruktur

Von Stefan Jehle

Regionalplanung befasst sich mit der Region. Also mit einem räumlichen Gebiet, das für die Menschen (noch) greifbar – und doch mehrdeutig ist, als Begriff, und in der subjektiven Wahrnehmung. Mit Planungsregionen – nach dem an dieser Stelle zugrundegelegten allgemeinen Verständnis – wird versucht, innerhalb einzelner Bundesländer optimale Planungseinheiten zu schaffen. Es geht dabei um Aufgaben, die Gemeindegrenzen überschreiten und koordinierte Flächen-, Siedlungs- und Verkehrsplanung erfordern, mit der Ausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen, von Erholungsräumen, gemeinsamen Lösungen für die Abfallwirtschaft, die Versorgung mit Wasser – alles das auch, um Wildwuchs und Zersiedlung zu vermeiden.

Der Regionalverband als Bindeglied zwischen dem Land und den Kommunen

Für diese Aufgaben, die auch über die Landkreisgrenzen hinaus gehen, hat man in Baden-Württemberg die Regionalverbände geschaffen. Das 1952 neu entstandene Bundesland ist seit 1973 in zwölf Regionen unterteilt, die in der Regel jeweils aus drei Landkreisen bestehen. Sie sind gewissermaßen das Bindeglied zwischen dem Land und den Kommunen. Räume in der Region zu planen ist herausfordernd: dabei erscheint bedeutsam, vorausschauend zu denken, zu handeln – Weichen zu stellen.

Doch die Bürger empfinden einen Regionalplan – in dem überörtliche, jenseits der Gemeindeebene definierte Ziele und Ordnungsraster verankert sind – sehr oft als etwas Abstraktes: wenn sie diesen überhaupt kennen. Das mag damit zusammen hängen, dass Planziele oft sehr weit in die Zukunft gerichtet erscheinen. Und auch für die Medien etwa, deren Aufgabe es ist, als Transmissionsriemen politische Entscheidungen transparent zu machen und Prozesse zu erklären, oft

nicht greifbar sind. Jedenfalls ist die Regionalplanung – in Baden-Württemberg als kommunal verfasste Aufgabe – für viele oft eher ein Buch mit sieben Siegeln, als dass diese auf Anhieb durchschaubar wäre. Manchmal, so scheint es, wirken zudem Fachsprache und Komplexität verstörend. Zwei junge Planer der Fakultät für Bauingenieure an der einstigen Universität Karlsruhe – dem heutigen Karlsruher Institut für Technologie – haben das in einem Band „Landes- und Regionalplanung in Baden-Württemberg“ (ARL, Hannover 2008, S.80 f.) vor nicht allzu langer Zeit sehr pointiert und doch auch gleichzeitig wieder in sehr fachspezifischem Sprachduktus zum Ausdruck gebracht.

Notwendiger denn je werde es sein, so heißt es dort, sich auf die viel zitierten „Kernkompetenzen“ der Raumplanung zu konzentrieren. Raumplanung steht hier als übergeordneter Begriff von Bauleit-, Regional- und Landesplanung. Diese Kernkompetenzen wären: Raumbezug, Querschnittsorientierung, Koordination raumwirksamer Tätigkeiten, Vernetzung von Akteuren und Aktivitäten. Wer alles koordinieren wolle, koordiniere am Ende gar nichts, sagen beide. Dirk Engelke und Steffi Rosentreter, so heißen die Autoren, wollen Raumplanung stärker als „Produkt“ verstanden wissen und die Akteure „im Markt“ verankern als „aktive Politikberater für Entwicklungsplanung“. Die Aussagen deuten auf stets geforderten Rollenwechsel hin.

Albert Speer, der langjährige Lehrstuhlinhaber für Raum- und Umweltplanung an der Universität Kaiserslautern – dort aktiv tätig in den Jahren zwischen 1972 und 1997 – und als Leiter seines Büros „AS & P“ in Frankfurt bis heute renommierter Stadtplaner der Republik, wird da sehr viel konkreter. Die erreichten Grenzen der Umweltbelastung, die planerische Absage an die Verwertung von intakten Landschaftsbereichen, die geringer werdenden Ressourcen: Alles dies zwingt auch zur (Wieder-)Nutzung von brach liegenden Gewerbeflächen, nennt er als Beispiel. Die Regionalplanung müsse angesichts der demografischen Entwicklung auch das System der Zentralen Orte, das beispielsweise Ober-, Mittel- und Unterzentren definiert, künftig durch andere regionale Überlegungen ersetzen, ließ er zudem schon 1992 wissen. Das was mit dem Modell des Geographen

„Planung von oben kann zwar ihr formales Ziel erreichen, aber wirksam werden solche Ziele nur, wenn die Bevölkerung sie überzeugt mitvollzieht“.

Dr. Peter Paepcke, Fraktionsvorsitzender in der Verbandsversammlung, zur „Wanderausstellung Regionalverband“ im Jahr 1978

Walter Christaller, vorgelegt Anfang der 1930-er Jahre, einst bezweckt worden sei, etwa die Zuordnung bestimmter infrastruktureller Einrichtungen, könne nur in einer Entwicklungs- und Expansionsphase funktionieren, sagt Speer (Albert Speer: Die intelligente Stadt, DVA Stuttgart 1992). Speer ist ein absoluter Pragmatiker – auch was Sprache angeht. Speer verdeutlicht die Komplexität der Fragestellungen, die in Raumordnung und Regionalplanung, bei der Gestaltung unserer Umwelt und in immer kürzer werdenden Zeitzyklen auftreten, mit einer Auflistung von Begriffen: Bevölkerungsexplosion, Verstädterung, Landzersiedlung, Bodenordnung, Urbanität, Mobilität, autogerechte Stadt – das sind nur sieben von fast 40 Begriffen, die Speer listet, einige davon auch eher als Worthülsen, mit denen Raum- und Regionalplaner weltweit konfrontiert sind.

Für den planerischen Laien wird aber wohl am ehesten über diese thematischen Eingrenzungsversuche greifbar, was Regionalplanung ausmacht.

Dietrich Schmidt, geboren in der Bauhausstadt Dessau, und über das Studium in Westberlin nach Karlsruhe gekommen, benennt als Kernaufgaben der zu Beginn der 1970er Jahre im Südwesten neu etablierten Regionalplanung vor allem diese Punkte:

■ Flächenmanagement:

nach dem Wiederaufbau des vom Krieg zerstörten Landes, in Zeiten des Wirtschaftswunders und dem Verkehrswegebau in der Folge des Siegeszugs des Automobils, habe es gegenüber den Ideologien der steten Machbarkeit eine ordnende Hand gebraucht, die Freiräume und Grünflächen schützt. Es ging den Verantwortlichen um den Stopp „eines totalen Ausverkaufs der Fläche“.

■ Ressourcenschutz:

die Verschmutzung von Gewässern, das Waldsterben, die Umweltbelastung durch Gewerbe- und Industriebetriebe, Auswirkungen ausufernder Wohnsiedlungen und des größer werdenden Straßennetzes haben zudem einen neuen Stellenwert für den Natur- und Umweltschutz geschaffen.

Beides, Flächenmanagement und Ressourcenschutz, finden erste Bezüge schon in der Charta von Athen aus dem Jahr 1933, die Siedlungsformen und Siedlungsstrukturen definiert, solche Gedankengänge finden sich in zeitgemäßer Artikulation in Publikationen des „Club of Rome“ seit 1972. Dietrich Schmidt, der ab 1969 die Regionale Planungsgemeinschaft Zentrales Oberrheingebiet leitete, und von 1973 bis 2001 Direktor der Nachfolgeorganisation, des Karlsruher Regionalverbands war, sieht für die Pionierzeit eine dritte wichtige – teilweise konkurrierende – Aufgabe:

■ Die Infrastruktur:

Den Menschen Angebote zu machen für Wohnen, Arbeiten, Verkehr und Freizeit. Auch da gab es bereits erste Abgrenzungen in der Charta von Athen. Der frühere Direktor des Regionalverbands nannte die Regionalplaner denn auch bereits im Jahr 1984 „die ältesten Grünen im Land“.

Wo werden Industriezentren geplant? Wie dicht soll das Verkehrswegebau sein? Das sind Fragestellungen, die damit einhergehen. Jedoch wird im Raumordnungsgesetz den Bedingungen für eine gesunde Umwelt nicht bevorzugt Raum gegeben. Vielmehr stehen in dieser Grundlage der Regionalplanung, die im Zusammenwirken mit

dem Baugesetzbuch auch die Siedlungsentwicklung steuern soll, Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft gleichberechtigt nebeneinander. Doch leider dominieren häufig genug auch weiterhin wirtschaftliche Interessen. Das war schon so, als Frederic Vester, Vordenker „vernetzten Denkens“ und Mitbegründer des Bund für Umwelt und Naturschutz, Werke wie „Das grüne Lexikon: Umwelt verstehen, Umwelt schützen“

(München 1992) als Herausgeber begleitete. Und das ist bis heute so.

„Wir haben in den vergangenen sechs Jahren hart gearbeitet und unsere Vorstellungen zur Region dargelegt. Dennoch hat nach dem Landesplanungsgesetz die Fachplanung der Regierung generellen Vorrang vor dem Regionalplan. Wir dürfen also Meinungen äußern, wir dürfen uns an den Planungen beteiligen, aber wie es gehalten wird, das bestimmt der Staat. Gewiss, in unserem Land muss Ordnung sein. Aber die Frage stellt sich, sind wir nur Beteiligte oder sind wir Partner. Es wird auf Dauer nur gut gehen, wenn die Regionalverbände auch mitbestimmen können“.

Hugo Rimmelpacher, am 13. Februar 1980 zu Beginn der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung der zweiten Wahlperiode (Hugo Rimmelpacher war 1948–1974 Ober-/ Bürgermeister Ettlingen).

In der Zeit, als sich Umweltschutzverbände gründeten, war viel Umbruchstimmung zu verspüren. Vieles klang dabei nach „Schutzplanung“ und im Kern „konservativer Vorsorge“. Symptomatisch war da etwa ein Beitrag aus dem Jahr 1983, eine durch Deutschland tourende Ausstellung mit dem Titel „Grün kaputt“. Vor allem zwei bekannte Umweltautoren, Jürgen Dahl und Dieter Wieland – beide arbeiteten für öffentlich-rechtliche Fernsehsender – hielten den Deutschen damit einen Spiegel vor.

Das Erdinger Moos in München, mit dem Franz-Josef-Strauß-Flughafen, Frankfurts Startbahn West, die Pläne für den Rhein-Main-Donau-Kanal schafften viel diskutierte Kontroversen. Daneben gab es „eine drohende Agrarwüste“, Flurbereinigungen, sterile Gartenanlagen als gegenläufiger Ausdruck zu den „Grenzen des Fortschritts“: Zudem schwe-

felsaurer Regen im Land, Autobahnschneisen kreuz und quer, Nitrat im Spinat, Quecksilber im Fisch (Grün kaputt: Bund Naturschutz, München 1983)

Ganz entscheidend für die Akzeptanz der Regionalplanung war die zeitgleich, nach der Ölkrise 1973, sich immer mehr abzeichnende „Ökologisierung der Gesellschaft“. Diese Zeit wird auch häufig charakterisiert mit der Zeit „der Planungseuphorie“. Die Ökologiebewegung prägte, weit über den „Club of Rome“ hinaus, die Neuausrichtung des Aufgabenfeldes, das sich in Ursprüngen auf Vorbilder wie den Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk (ab 1920) oder den Zweckverband Groß-Berlin (ab 1912) berufen konnte. Da ging es nicht nur um Leitbilder für die Stadt- und Siedlungsentwicklung, dem Einhalt gebieten für „planlosen“ Wildwuchs. Da kamen ganz

neue Aspekte: nach stärkerer Partizipation, der Beteiligung Betroffener, nach Bürgerbeteiligung.

Durch zentral entworfene und gesteuerte Projekte fühl(t)en sich viele Betroffene häufig „verplant“,

enteignet oder „unterworfen“: nicht erst mit Projekten wie „Stuttgart 21“ oder einem Nationalpark Nordschwarzwald. Es war auch bald die Rede von „Grenzen der Planbarkeit“. Von „Planungseuphorie“ spricht heute jedoch kaum mehr jemand.

Der Schweizer Schriftsteller Max Frisch (1911–1991), der in seinem ursprünglichen „Brotberuf“ zunächst Architekt war, forderte immer wieder eine Politisierung der Planung. In seinem Roman „Stiller“ definierte er sein Konzept der direkten Demokratie: „Worin bestünde denn die Freiheit einer demokratischen Verfassung, wenn nicht eben darin, dass sie dem Volk immerfort das Recht gibt, seine Gesetze im demokratischen Sinne zu verändern“ (Petra Hagen, Städtebau im Kreuzverhör; CH-Baden 1986). „Wir sind an einem Punkt, an dem die Freiheit nur noch durch Planung zu retten ist“, wird Frisch an anderer Stelle zitiert. Da ist er einig mit dem von 1981 bis 1998 an der Universität Karlsruhe lehrenden Städtebauer Martin Einsele: „Je komplizierter und je schwerer durchschaubar und prognostizierbar, aber auch je langfristiger und weiträumiger wirksam Planung wird, umso mehr wird der Planungsbetroffene qualifiziert zu beteiligen sein“ (nach Martin Einsele: Positionen, Karlsruhe 1998).

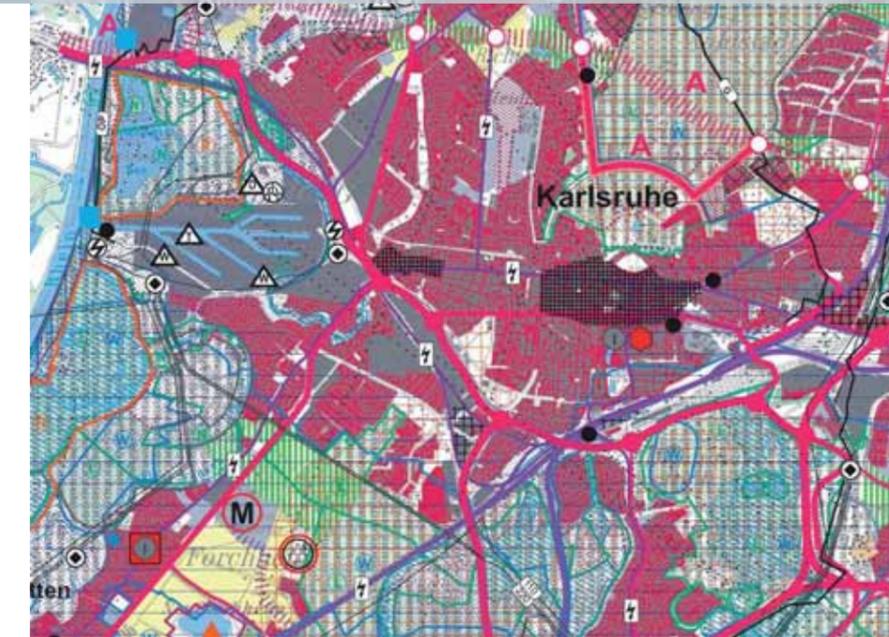
„... Vielleicht ist es für die Regionalverbände von prägender Bedeutung, dass sie im Jahr des aktiven Umweltschutzes (1973, Anm.d.Red.) mit ihrer Arbeit beginnen“

Dr. Werner Munzinger zur ersten konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung am 29. November 1973 (Munzinger war 1963 bis 1974 Karlsruher Regierungspräsident).

Leitmotiv aus der Wanderausstellung des Regionalverbands Ende der 1970er Jahre

Unsere Region ist lebendig gewachsen und entwickelt sich ständig weiter. Die zukünftige Entwicklung wird für uns alle fruchtbar sein, wenn wir nach unserem gemeinsamen Leitbild handeln.
Regionalplanung am Mittleren Oberrhein – Chance für unsere Zukunft.

Ausschnitt aus der Raumnutzungskarte des Regionalplans aus dem Jahr 2003 – im Vergleich dazu der Ausschnitt aus dem Jahr 1979 auf Seite 6



Das lässt zurückblicken auf die Eingangsfragen: Was ist Planung? Planung sei die gedankliche Vorwegnahme zielgerichteten Handelns, heißt es im einschlägigen Fachbuch. Da gehe es um Aufgaben- und Zielfindung, Informationssammlung und Alternativengenerierung, um Bewertung, Entscheidung und Budgetierung (Verwaltungslexikon: Nomos-Verlag, Baden-Baden 1985/2003). Da geht es auch um Planungshoheit – etwa der Städte und Gemeinden, beim tief verankerten Recht der kommunalen Selbstverwaltung; um Planungsträger- und zuständigkeiten, Planungsverfahren und Planungskoordination, um Planaufstellung und Planänderungen. Oder um Ordnungs- und eben auch – um Entwicklungsplanungen.

Es ist – nicht an diesem Ort, schon gar nicht auf beschränktem Raum – kaum möglich all die Vorzüge, die Vorteile, das Wünschenswerte oder aber auch Defizite der Regionalplanung in Deutschland, so auch im Südwesten, in ihrer Gänze aufzuzeigen. Im Sinne der eingangs erwähnten beiden jungen Planer, der eine inzwischen mit eigener Professur im schweizerischen Rapperswil, wäre es freilich zu wünschen, dass Planung mit Leben erfüllt wird. Und Planung auch „als Motor“ verstanden wird.

Es wird nicht ausreichen, wenn die staatlich definierte Aufgabe zur Erstellung von Regionalplänen, die in der Regel für 15 Jahre Gültigkeit haben,

erfüllt ist – denn Papier ist geduldig. Pläne müssen atmen. Dann versteht auch der Bürger was Regionalplanung ist. Dazu gehört es, dass die zuständigen Planer raus gehen zu den Menschen, in die Gemeinden – zu den Bürgermeistern und zu den Gemeinderäten. Es genügt nicht, Regionalplanung als reine, konservierend orientierte Ordnungsplanung zu verstehen – vielmehr müssen auch markante, zukunftsgerichtete Wegmarken und Leuchttürme gesetzt werden. Der Regionalverband in Karlsruhe hat das bereits mehrfach unter Beweis gestellt, ob mit der

Entwicklungsplanung für eine neue Messe Karlsruhe, einen neuen Regionalflughafen in Rheinmünstersöllingen – oder in jüngerer Zeit mit seinem Einzelhandelskonzept für die Region am Oberrhein, das lebendige Innenstädte und Nahversorgung in der Fläche gleichermaßen sichern soll.

Planung als Aufgabe zur Gestaltung der Zukunft

Interview mit Dietrich Schmidt, Verbandsdirektor a. D.

Der langjährige frühere Verbandsdirektor des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein (Amtszeit 1974 bis 2001), Dietrich Schmidt, äußert sich im Interview über Grundfragen seines Planerverständnisses, Kernaufgaben der Regionalplanung, die Funktion des Verbands als „Trendsetter für neue Themen“, sowie Einflüsse der Ökologiebewegung auf seine Arbeit – und auch über das, was Bürgerbeteiligung und Bürgerproteste in den 1970er Jahren und heute ausmacht.

Herr Schmidt, der frühere Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt sagte mal, der beste Weg die Zukunft vorauszusagen, sei es, diese zu gestalten. Sie sind Planer aus Berufung. Ist es das, was Brandt ausdrückte, was man unter Planung versteht?

Das trifft es ziemlich gut. Der Planer muss vorausdenken, er muss kreativ sein, muss sich vorstellen können, was aus seinen Überlegungen wird. Dabei meine ich insbesondere den Raumplaner. Der Architekt hat sein Haus, seinen Entwurf vor Augen, während der Raumplaner ja eine Vision entwickelt, die nicht wie ein Hochbau in kurzer Zeit realisiert wird, sondern wo über längere Zeiträume hinweg Nutzungen in einen Raum hineindrängen. Planung ist – das passt zu Brandts Worten – Gestaltung der Zukunft.

Anfang der 1970er Jahre gab es den Begriff der Planungseuphorie. Raumordnung wurde in Grundzügen überhaupt erst auf die Füße gestellt. Was verbinden Sie damit?

Es war Ziel, dem Wildwuchs, der einsetzte, Einhalt zu gebieten. Man wollte für planerische Entscheidungen bei der Flächennutzung einen größeren Raum betrachten und nicht einzelnen Gemeinden allein die Entscheidung überlassen. Man bildete erste Planungsgemeinschaften, später wurden daraus die Regional-

verbände. Damit schuf man überhaupt erst die Voraussetzungen dafür, mit dem Flächenverbrauch nicht mehr so weiterzumachen wie bisher.

Planung, sagen Sie, habe auch etwas mit Visionen zu tun. Der Nachfolger von Brandt, der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte mal, wer Visionen habe müsse zum Arzt. Ist das Planer-Dasein den Bürgern schwierig verständlich zu machen?

So wie Brandt damit recht hatte, dass Planung Zukunftsgestaltung bedeute, so hat Helmut Schmidt ganz und gar nicht recht gehabt mit seiner Feststellung, dass ein Mensch mit Visionen – in dem Falle der Planer – zum Arzt müsse (*lacht*). Für meine Person habe ich es nie als schwierig angesehen, planerische Visionen anderen Menschen verständlich zu machen.

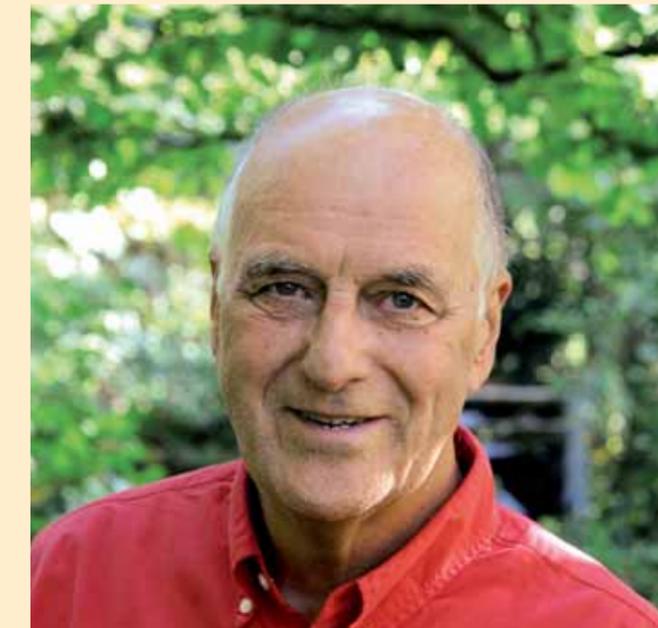
Auch nicht etwa in dieser Anfangszeit der Regionalplanung, wo man ja Planung, und insbesondere Raumplanung als etwas ganz Neues empfand – oder empfinden konnte?

Eigentlich nicht. Ich war angetan von der Aufgabe, gestalterisch für künftige Generationen tätig zu sein, und visionär etwas auf den Weg zu bringen. Mit dieser Beseeltheit bin ich auf meine Partner, was vor allem Kommunalpolitiker waren, Bürgermeister,

Leiter von Bauämtern, zugegangen und habe versucht, sie für diese Ideen mitzunehmen. Es waren aber nicht nur meine Ideen. Ich hatte ein Team kompetenter Planer um mich, Städtebauer, Architekten, Landschafts- und Verkehrsplaner. Wir entwickelten gemeinsam für die Region eine Vision, meine Mitarbeiter waren maßgeblich beteiligt bei der Umsetzung in die Planungsebenen.

Ist der Begriff von Planung, Ideen zu entwickeln, vorauszuschauen, damals – anfangs der 1970er Jahre – ein anderer gewesen, als heute, 30 oder 40 Jahre später?

Ich glaube ja. Nach dem Krieg musste man von Null anfangen, um wieder auf die Füße zu kommen. Es kam dann nach der ersten Aufbauphase, wo man Wohnungen und Arbeitsstätten schaffen, Arbeitsplätze bereithalten musste, eine gewisse Besinnung



dazu. Man hat sich gefragt, wie soll es weitergehen, wo wollen wir hin? Können wir uns nun einfach ins Blaue hinein auch in der Fläche noch weiter ausdehnen? Kluge Köpfe sagten, man müsse die berühmte Ökonomie mit der Ökologie in Einklang bringen.

In den 1970er Jahren hatte sich die Ökologiebewegung entwickelt, es gab Forderungen nach Bürgerbeteiligung. Sind die Planer Folge dieses Aufbruchs in der Gesellschaft?

Als ich 1970 die Leitung der Regionalen Planungsstelle übernahm, wurde die neue Aufgabe der Raumplanung wesentlich beflügelt durch die neuen grünen Bewegungen, sowie die Anti-Akw-Proteste. Beflügelt aber sicher auch durch die 1968er Studentenbewegung, die ja auch mit manchem, was sich so tat in der Nachkriegsentwicklung, nicht zufrieden war, und die wohl spürte, dass nicht nur das Kapital Entscheidungen, über Standortfragen etwa, treffen darf, sondern dass hier auch gesamtgesellschaftliche Inte-

„Ich habe die Ehre und die Freude, als Leiter der Rechtsaufsichtsbehörde über die Regionalverbände heute das Startzeichen für den Regionalverband Mittlerer Oberrhein geben zu dürfen. – Mit dem heutigen Tag geht gewissermaßen die Sonne der Planung über der Region auf (...) nachdem ihr, wenn ich so sagen darf, als Morgenstern bereits die Regionale Planungsgemeinschaft Zentrales Oberrheingebiet vorausgegangen war“.

Dr. Werner Munzinger zur ersten konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung am 29. November 1973 (Munzinger war 1963 bis 1974 Karlsruher Regierungspräsident).

Die Pläne, die sie entwickelt haben, sind auf Papier festgehalten – Papier ist geduldig. Welche Rolle spielt bei der Arbeit der Planer der Faktor Mensch?

Der Planer ist gefragt, wenn die Ideen, die Vorgaben zu Papier gebracht, auf Karten festgehalten werden. Der Faktor Mensch ist gefragt, wenn es an die Umsetzung geht. Man muss mit dem Rahmenplan täglich Entscheidungen treffen gegenüber den nachgeordneten Planungen. Man muss die Vorgaben, die Richtlinien des Regionalplans, umsetzen. Der Fachmann auf Regionsebene erörtert das mit dem Planer oder Bauamtsleiter auf Gemeindeebene. Man muss auch die Politik mitnehmen und überzeugen. Wir gingen zu meiner Zeit häufig in Gemeinderäte, haben unsere Visionen vorgestellt und dafür geworben.

„Es ist nicht vermessen, zu sagen, dass die Träger der Regionalplanung, die seinerzeitigen Planungsgemeinschaften, und die heutigen Regionalverbände, mit die ältesten Grünen in unserem Lande sind. Es war insbesondere die Regionalplanung, die sich bei Abwägungsfragen, bei der Auseinandersetzung um den Umweltschutz, Verdienste erworben hat.“

Dietrich Schmidt in: INFO 1/1984 des Regionalverbands

ressen zu bewerten sind. Gerade wenn es um industriell-gewerbliche Ansiedlungs- und Nutzungsfragen in größerem Umfang geht.

Welches Gewicht hat dabei das Papier, der Plan also. Ist dieses Papier einklagbar, wenn eine Gemeinde sich an Vorgaben nicht hält?

Das Papier hat sein eigenes Gewicht. Der Regionalplan ist ja nicht um seiner selbst willen geschrieben worden, sondern er hat auch das Siegel der Genehmigung durch die staatlich legitimierte Landesplanungsbehörde – dem zuständigen Fachministerium in Stuttgart. Er ist einklagbar. Ein aktuelles Paradebeispiel ist sicherlich die Klage gegen die geplante Ansiedlung eines IKEA-Verkaufszentrums in Rastatt. Ein Verfahren, das am Ende auch Erfolg hatte für die Raumordnung. Bei früheren Fällen, zu meiner Zeit, scheute man sich manches Mal, den Klageweg zu gehen. Der Rechtsstreit sollte ja auch nicht im Vordergrund stehen.

Alles das, was Planung umfasst, findet in einer Region statt. Das war ja zu Anfang auch etwas Neues, im Grunde musste erstmal definiert werden, was eine Region ist?

Eine unserer ersten Aufgaben war es sicherlich, den Begriff der Region mit Leben zu füllen, zu erklären, und erlebbar zu machen. Dass man dieses Zusammengehörigkeits-

gefühl über eine Gemeinde-, und auch über eine Kreisgrenze hinaus hat, das musste erst entwickelt werden. Vieles war ja da auch nach der Gemeindereform ganz neu zusammengewürfelt worden. Vor allem in den ersten Jahren meiner Amtszeit hatten wir Informationsreisen unternommen. Es waren Tagesreisen, teilweise sogar mehrtägige Reisen, um bei ganz bestimmten Vorhaben innerhalb der Region zu verdeutlichen, dass eine Entscheidung über die Gemeindegrenzen, und weit über die gemeindliche Verantwortung hinaus ging. Ein Paradebeispiel waren damals die Neubaustrecken der Hochgeschwindigkeitszüge. Beim heiklen Thema Kiesabbau waren wir einmal in Oberbayern zu Besuch, um uns dort ein Bild zu machen, wie es anderswo läuft.

Heute heißt es oft, vor allem Großprojekte seien nicht mehr umsetzbar. Auch der frühe Regionalverband hatte mit Großprojekten zu tun. War damals eine Stadterweiterung, ein stadtnahe Autobahn, eine Großraffinerie, anders umsetzbar, als dies heute der Fall wäre?

Ich glaube ja. Zum einen waren die Konfliktpotentiale andere, die Endlichkeit der Fläche lag noch nicht so klar auf der Hand. Und so sehe ich auch die enorme Durchsetzungskraft – wieder auf unsere Region bezogen – vor mir eines Oberbürgermeisters Günter Klotz, der die Erdöl-Raffinerien nach Karlsruhe geholt hat.

Ich gestehe dabei gerne zu, dass die Sensibilität, in Bezug auf die Rheinauen, in Bezug auf die Ökologie, in der Ära Klotz noch nicht so ausgeprägt war, wie sich diese in späteren Jahrzehnten glücklicherweise entwickelt hat.

Waren die Gemeinderäte nicht so kritisch damals, haben auch die Bürger vielleicht manches eher widerspruchslos hingenommen?

Es gab damals, das ist vielleicht ein wichtiger Punkt, innerhalb von Gemeinderatsfraktionen noch nicht diese fachliche Gliederung von heute: dass es beispielsweise den Sprecher für Wirtschaftsfragen, für Soziales oder für Gesundheitswesen gibt. Die Spezialisierung des politischen Mandatsträgers war noch nicht so ausgeprägt wie heute. Man sah die Gesamtaufgabe, und hat nach der Notwendigkeit entschieden, dieses wirtschaftlich am Boden liegende Deutschland wieder



Einzigste Frau unter den Gründungsmitgliedern, Gerlinde Hämmerle, im Gespräch mit Verbandsdirektor Dietrich Schmidt am 5.12.1980; Hintergrund: Verbandsvorsitzender Dr. Bernhard Dittene

Feierliche Stabübergabe 2001 im Ettlinger Schloss: Verbandsvorsitzender Josef Offele, Verbandsdirektor Dietrich Schmidt und sein Nachfolger im Amt, Dr. Gerd Hager.





„Raumplanung hat den Ausgleich zu finden zwischen ökonomischen und ökologischen Überlegungen und Eckwerten“

Mercedes-Benz Werk und die Rastatter Rheinauen.

auf die Füße zu stellen. Da stand die Ökologie, da standen Fragen von Interessenausgleich in der Raumordnung noch nicht überall im Vordergrund.

Wenn wir uns heute über – im Grunde kleine, überschaubare Windkraftanlagen streiten: in den 1970er Jahren gab es den Bau großer Überlandleitungen für den Stromtransport. Diese schlugen unübersehbare Schneisen in die Landschaft, mit teilweise gravierenden Eingriffen. Gab es damals Auseinandersetzungen dazu?

Wir hatten damals langwierige Auseinandersetzungen vor allem mit dem Badenwerk, überhaupt Trassen zu finden. Die Problematik war aber nicht vergleichbar mit heute. Es waren damals schon Grünzonen freizuhalten, dafür anderenorts Gebiete zu überspannen – oder Teilbereiche auch für viel Geld zu verkabeln. Vor allem kämpften wir um das so genannte Bündelungsprinzip, das auf die Idee der Raumplaner zurückgeht. Das hieß: es ging nicht nur um Trassen für Stromtransport, sondern diese sollten möglichst neben Straßen- und Schienentrassen verlegt werden, damit wir Zer-

schneidung und Verinselung der Landschaft auf ein Minimum beschränken, und immer noch Refugien für Flora und Fauna belassen konnten. Die Frage der Verfügbarkeit von Fläche hat sich heute noch zusehends weiter verschärft.

Bürgerproteste, wie heute bei der Windkraft, gab es damals also noch nicht?

Nein, die gab es damals nicht. Jedenfalls nicht in der Form. Das ist nach meiner Erinnerung, erstmals in bescheidenem Umfang aufgetaucht bei der ICE-Neubaustrecke Mannheim-Stuttgart. Da hatten wir erste Protestbewegungen. Probleme wie sie heute beim Ausbau der Rheintalbahn in Offenburg vorhanden sind, gab es in den 1970er oder 1980er Jahren noch nicht. Das ist auch eine Frage der Kommunikation: damals wie heute gilt, rausgehen, erklären, Menschen mitnehmen. Sowohl den Bürgermeister vor Ort, als auch Personen, die in einer Gruppe politische Verantwortung tragen, im Gemeinderat, in der Bürgerbewegung. Wo man diese Prinzipien außer acht lässt, wo es den Versuch gibt, einfach nur durchzumarschieren, kommen immer Schwierigkeiten auf. Einen solchen Absolutismus hatten wir nie praktiziert.

Regionalverbände gelten zuweilen als Trendsetter für neue Themen. Kann man sagen, dass dies vor

„Regionalplanung ist zur Selbstverständlichkeit im politischen Tagesgeschehen geworden. Wir sind uns bewusst, dass Regionalplanung notwendig ist. Die Errichtung der selbständigen Regionalverbände war ein – als vorbildlich erkannter – Weg, die damals neue Aufgabe der Regionalplanung in die staatliche Verwaltung zu integrieren, zugleich aber auch ihre enge Anbindung an die kommunale Ebene sicherzustellen“.

Dr. Bernhard Ditteney anlässlich der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung der dritten Wahlperiode 1985 (Ditteney war 1973–2000 Vorsitzender des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein).

allem Ökologiethemem betrifft. Zum Beispiel Regulierung von Kiesabbau, von Biotopvernetzung, Ordnung von Auenlandschaft?

Die genannten Beispiele sind typische raumordnerische Themen, die uns immer aufgetragen waren. Als 1969 die Planungsgemeinschaft ins Leben gerufen wurde, wurde mir von den maßgeblichen Politikern ins Stammbuch geschrieben: kümmere dich um die Ordnung der Baugebiete in der Region und kümmere dich um den Kiesabbau. Karlsruhe hatte damals festgelegt, dass Kiesabbau auf eigener Gemarkung nicht mehr stattfinden soll. Raumordnung versteht sich zu wesentlichen Teilen als eine Art grüne Fraktion. Der Raum ist nun mal vor allem Natur, ist Flora und Fauna. Da geht es nicht um ideologische Festlegungen. Da sollte Ordnung geschaffen werden in der Auseinandersetzung zwischen Natur und Mensch.

Und dennoch gab es 1986/87 einen Einbruch, den man durchaus als Rückschlag, bezogen auf diese Prämissen, bezeichnen kann. Mit der Ansiedlung

des Daimlerwerks in Rastatt. Wie bewerten Sie das aus heutiger Sicht, den Regionalplan zu ändern?

Als Fehler würde ich es nicht bezeichnen. Jede Medaille hat immer zwei Seiten. Raumplanung hat den Ausgleich zu finden zwischen ökonomischen und ökologischen Überlegungen und Eckwerten, die jeweils zu beachten sind. Es waren damals drei Standorte im Gespräch, auch weniger sensible als in Rastatt. Im Mittelpunkt stand letztlich auch das Arbeitsplatzangebot im Raum Rastatt und Gaggenau. Die dann überbaute Fläche hatte einen hohen ökologischen Wert, vorwiegend landwirtschaftlich genutzt. Natürlich entstanden Verluste für Flora und Fauna. Aber man wollte damals ganz bewusst einen wirtschaftlichen Impuls setzen für diesen Teilraum der Region. Ausgleichsmaßnahmen waren aber von Anfang gefordert und geplant.

Im Moment läuft, wenn auch 20 Jahre später, die Renaturierung der Murg in Rastatt.

Wir sprachen vom Faktor Mensch in der regionalen Planung. Seit 1986 ist die Arbeit auf regionaler Ebene – am Mittleren Oberrhein – quasi zweigeteilt. Seit der Zeit gibt es, neben dem Regionalverband, die TechnologieRegion als freiwilligen Zusammenschluss von Städten und Gemeinden. Hat das auch mit dem Faktor Mensch zu tun?

Ohne jetzt zu sehr in die Vergangenheit zurückblicken zu wollen: da hat es gemenschelt, da haben möglicherweise auch bestimmte Führungspersonlichkeiten nicht so recht miteinander gekonnt. Es wäre sinnvoller gewesen, beide Ideen, die ja jeweils einen guten Hintergrund haben, zusammenzuführen. Die Wirtschaftslobbyisten, Vertreter der regionalen Wirtschaft, wollten sehr früh bei der Raumplanung, bei der Gestaltung der Region, dabei sein. Die Politik in den 1970er Jahren aber wollte das nicht. Das Argument war, die junge Region müsse sich erst mal selbst finden in der politischen Verantwortung. Das ergab sicher Frustrationen. Die IHK suchte dann den Schulterchluss mit der Stadt Karlsruhe – aus dieser Konstellation heraus entstand die TechnologieRegion. Ich behaupte heute: die politische Schlagkraft wäre von Anfang an größer gewesen, wenn man nicht zweigleisig gefahren wäre, wenn man persönliche Eitelkeiten hintenan gestellt – und von Anfang an an einem Strang gezogen hätte. Dasselbe könnte sich jetzt mit der neu geschaffenen Metropolregion Oberrhein wiederholen. Man sollte hier verantwortungsvoller sein und nicht nur allein auf schiere Größe setzen. ■

Dietrich Schmidt, geboren in Dessau (Sachsen-Anhalt), hatte an der TU Berlin Bauingenieurswesen studiert und kam 1969 nach Karlsruhe. Nach einer kurzen Tätigkeit bei der Deutschen Bundesbahn übernahm er bald die Leitung der neuen Planungsgemeinschaft Zentrales Oberrheingebiet in Karlsruhe, ehe er mehrmals in Folge zum Direktor des Ende 1973 gegründeten Regionalverbands gewählt wurde.

„Söllingen hat die besten Karten“

Oder: Die lange Suche nach dem gemeinsamen Regionalflughafen Karlsruhe/Baden-Baden.

Regionalplanung:
den Überblick bewahren,
ohne abzuheben.

In Karlsruhe starteten schon in 1920er Jahren des vergangenen Jahrhunderts Flugzeuge im Linienflugverkehr. Davon zeugt der „Alte Flugplatz“ im Norden der ehemaligen badischen Residenz, der nach dem Krieg von alliierten US-Truppen genutzt, und nach einer längeren Zeit der Brache vor kurzem erst als hochwertiges FFH-Schutzgebiet ausgewiesen wurde. Mit dem zunehmenden Geschäftsreiseverkehr etablierten sich in der Region ab den 1960er Jahren an dessen Stelle Verkehrslandeplätze in Rheinstetten-Forchheim (südlich der Karlsruher Gemarkungsgrenze, ab 1957) und in Baden-Baden/Oos (der in seinen Ursprüngen schon seit etwa 1910 bestand). Der Platz in Forchheim wurde bis 2000 betrieben von der Karlsruher Flughafen GmbH. Die wirtschaftliche Bedeutung stand für beide regionalen Landeplätze stets außer Frage.

Das Gelände des ehemaligen Verkehrslandeplatzes Forchheim – der für die Wirtschaft in der Region noch wichtiger war, als Baden-Baden/Oos – lag unmittelbar an der B36, einer der Hauptzufahrten in das Stadtgebiet Karlsruhe. Die Situation des Flugverkehrs in der Region gehörte von Anfang an immer wieder zu den Themen in den Gremien des neu gegründeten Regionalverbands. Zu Beginn der regionalen Planungsarbeit rangierte Forchheim mit 78.000 Starts und Landungen im Jahr 1973 an dritter Stelle aller circa 150 Verkehrslandeplätze in

Deutschland. Davon waren zehn Prozent gewerblicher Verkehr.

Mit einer frühen Anfrage erkundigte sich das noch recht junge – damals 29-jährige – Verbandsversammlungsmittglied Jürgen Morlock, nach Ausbaumöglichkeiten der Verkehrslandeplätze. Dieselbe Person wurde mehr als 20 Jahre später, 1996, zum ersten Chef eines neuen Regionalflughafens in Söllingen.

Aus den Protokollen der Verbandsversammlung, 1. Wahlperiode – im Jahr 1974

Die Flugbewegungen gingen später zurück, doch stieg der gewerbliche Anteil des Airports auf bis zu einem Drittel.

Baden-Baden/Oos zählte 1973 noch 53.000 Bewegungen, beide zusammen genommen, Forchheim und Oos, überrundeten damit den einstmals verkehrsreichsten Landeplatz Deutschlands Egelsbach bei Frankfurt. Weder Forchheim noch Oos galten jedoch seit jeher als ausbaufähig bezüglich des Status linienmäßig betriebenen Regionalluftverkehrs. Dazu hätte man eine Startbahn von mindestens 1.500 Metern benötigt. Auch aus Lärmschutzgründen war ein Ausbau in unmittelbarer Stadtnähe nicht denkbar. Ein erweiterter Luftverkehr kam daher lange Zeit nicht in Frage. Es gab natürlich auch Ängste vor Bürgerprotesten bei einem Neu- oder Erweiterungsbau.

Vor diesem Hintergrund war – nach dem Fall der Mauer und Ende des kalten Krieges, aus regionaler Sicht – die absehbare Räumung der militärischen Flugbasen entlang der badischen Rheinschiene „wie ein Gewinn im Lotto“. Die Kanadier, so stand es 1993 unter dem Titel „Söllingen hat die besten Karten“ in der hauseigenen Zeitschrift des Regionalverbands, wollten innerhalb von zwei Jahren – bis 1995 – militärisch genutztes Gelände verlassen. Auch vor dem Hintergrund des Frankfurter Startbahn-West-Konfliktes hatte nach Ansicht von Experten und der Landesregierung die Airbase südwestlich von Baden-Baden und Rastatt-Iffezheim die besten Voraussetzungen zur Schaffung eines neuen Regionalflughafens

für die Region Mittlerer Oberrhein. Vorneweg sprach die 3.000 Meter lange Landebahn für Söllingen.

Mit einem rund 200 Seiten starken, im Oktober 1993 vom Verband vorgelegten „Weißbuch“ (Untertitel: „Materialien zur Vorbereitung ziviler Nutzungen auf dem Areal des ehemaligen Militärflughafens Söllingen“) plante die Region im Detail die Konversion. Dazu wurde, erstmals in der Geschichte des Regionalverbands, eine eigene Tochterunternehmung, die Entwicklungsgesellschaft Söllingen GmbH gegründet – nach ersten planerischen Überlegungen des Regierungspräsidiums. Den Vorsitz der Gesellschaft übernahm Karlsruhes Rathauschef Prof. Gerhard Seiler, die Geschäftsstelle wurde im HAUS DER REGION, beim Regionalverband, angesiedelt.

Der 1951 von den Kanadiern gebaute Flugplatz, der auch Ausweich-Airbase für das pfälzische Ramstein war, sollte bald schon zum neuen badischen Regionalflughafen werden; mit dem Träger des Regionalluftverkehrs, einer neu zu gründenden „Baden-Airport GmbH“. Gleichzeitig wollte man den bislang in Forchheim und Oos abgewickelten gewerbsmäßigen Luftverkehr nach Söllingen verlagern. Das Land Baden-Württemberg erklärte sich bereit, die Konversion mit 25 Millionen Mark Investitionshilfen zu unterstützen und weiteren zehn Millionen Zuschuss für die Erschließungsmaßnahmen zum Gewerbestandort. Der Flughafen selbst sollte bereits 1996 in Betrieb gehen. Die Zahl der Flugbewegungen schwankt seit der Jahrtausendwende zwischen 45.000 und 50.000.

Ein – später durchaus als zweifelhaft angesehener – Durchbruch kam dabei mit dem finanziellen Einstieg mehrerer Unternehmen, darunter zeitweilig als Hauptinvestor die Flowtex GmbH von Manfred Schmider und Klaus Kleiser in Ettlingen. Nachdem im Februar 2000 beide aufgrund Betrugs in großem Stil festgenommen wurden, beschloss die Region den mehrheitlichen Einstieg der Landesflughafen Stuttgart GmbH

bei der Baden-Airport GmbH. Ab dem Jahr 2003 wurde das Kapitel „Steigflug“ aufgeschlagen, 2003 gab es erstmals Linienverkehr nach London – ab 2005 wieder regelmäßig Direktflüge nach Berlin. Ein sich zeitweilig anbahnender regionaler Konkurrenzkampf mit dem privat betriebenen Flughafen Lahr (ebenfalls ein ehemaliger Militärstandort) ist längst wieder Geschichte. 2006 überschritt die Passagierzahl in Söllingen die Marke von 800.000, sechs Jahre später, 2012 waren es fast 1,3 Millionen Passagiere: deutlich mehr als in Friedrichshafen/Bodensee, aber freilich immer noch unterhalb Stuttgart/Echterdingen.

Der Regionalverband war dabei – im Rückblick auf die Jahre des Beginns – maßgeblich treibende Kraft bei der Neuordnung des Luftverkehrs in der Region am Oberrhein.

(SJ)



„Der Regionalverband stellte die entscheidenden Weichen“

Nach langem Ringen eröffnete 2003 die Neue Messe Karlsruhe.

Der ab den 1950er Jahren etablierte Messe- und Kongressstandort Karlsruhe war lange Zeit in der Innenstadt der einstigen badischen Residenz angesiedelt: rund um das in den 1980er Jahren entstandene und runderneuerte Ensemble von Stadthalle und Konzerthaus – die denkmalgeschützte Schwarzwaldhalle, in der erstmals Bambi-Verleihungen des Offenburger Burda-Verlags stattfanden, war schon nach dem Krieg erbaut worden. Regionale Messeanbieter hatten ein ansehnliches Portfolio entwickelt.

Deren Ausstellungen fanden in den genannten Hallen oder bei der Verbrauchermesse „Offerta“ in eigens aufgestellten Zelten auf dem temporär umgestalteten Festplatz an der Ettlinger Straße statt. Eine Verlagerung der Messe raus aus der Stadt Karlsruhe stand lange Zeit überhaupt nicht zur Debatte.

„Die Verbrauchermesse Offerta in der damaligen Präsentation – in Zelten – wurde auch schon mal gelegentlich als vereinigte Hüttenwerke bezeichnet: etwas, was man sich in der Form, nach dem Messeneubau, heute gar nicht mehr vorstellen mag.“

Dietrich Schmidt



Zukunft braucht Raum:
Die Messe Karlsruhe präsentiert sich seit 2003 vor den Toren von Karlsruhe und Rheinstetten.



Gleichwohl wurde der Ausbau des Karlsruher Messestandorts für dringlich angesehen. Die Stadt selbst brachte dabei eine Fläche im Bereich Seehof – an der Gemarkungsgrenze zwischen dem Karlsruher Stadtteil Rüppurr und der Nachbarstadt Ettlingen – ins Spiel. Zum einen lehnten das aber die Ettlinger, unmittelbar an ihrem nördlichen Stadtenrée, ab. Zum anderen war dieses Ansinnen auch dem Regionalverband ein Dorn im Auge, weil die Fläche als Siedlungszäsur zwischen zwei Städten – zumal direkt an der Autobahn – freigehalten werden sollte. Auch ein Siemens-Areal im Westen Karlsruhes war kurzzeitig für einen Neubau der Messe im Gespräch. Die Messengesellschaft selbst wollte raus aus der Stadt, um sich entwickeln zu können; in der Kommunalpolitik weckte das nicht überall Begeisterung.

1997 kam da einige Bewegung in das Geschehen – auch im Vorfeld des damals anstehenden OB-Wahlkampfes, in dessen Folge Oberbürgermeister Heinz Fenrich 1998 neu ins Karlsruher Rathaus einziehen sollte. Nach Inbetriebnahme des neuen Regionalflughafens Karlsruhe/Baden-Baden in Söllingen stand zugleich die Entwidmung des Verkehrslandeplatzes in Rheinstetten-Forchheim an. Die Standortgemeinde selbst hatte eine „gewerbliche Nutzung“ angemeldet. Das Areal am südlichen Stadtrand von Karlsruhe war in den 1980er Jahren auch schon mal als Produktions-

standort der Autoindustrie angedacht – Daimler-Benz baute jedoch sein neues A-Klasse-Werk nach längeren Diskussionen im benachbarten Rastatt.

Akteure der regionalen Planungsebene und der Karlsruher Messengesellschaft zogen alsbald an einem Strang: ein Gutachten für „ein Strukturkonzept Flughafen Karlsruhe/Forchheim“ erschien im August 1998, Auftraggeber war der Regionalverband. Darin wurde das, so schrieb ein Büro für Stadtforschung, Planung und Architektur, „letzte große zusammenhängende Areal für eine industriell-gewerbliche Nutzung im unmittelbaren Umfeld des Oberzentrums der Region“, der Stadt Karlsruhe also, in einem städtebaulichen Leitbild als Alternative für eine Neue Messe Karlsruhe in die Diskussion eingebracht. Schon zuvor, 1997, war die Neue Messe Karlsruhe erstmals Thema in Gremien des Regionalverbands.

Entgegen ursprünglichen Einwänden des früheren Ersten Bürgermeisters Karlsruhes, Elmar Kolb, der zugleich Fraktionschef der CDU im Regionalverband war, konnte der einstige Oberbürgermeister Gerhard Seiler („mit dem notwendigen Weitblick“, wie ein Protagonist auf Regionsebene im Nachhinein heute dazu sagt) für diese neuen Gedanken gewonnen werden. In der hauseigenen Publikation „INFO“, Ausgabe 2/1998, berichtete die Geschäftsstelle des Verbands über die 1998 zur Jahresmitte hin gefallenen

„Weichenstellungen“. Die eingeschalteten Gutachter hatten bei dem Areal in Forchheim vor allem „die vielfältigen Erweiterungsmöglichkeiten“ gepriesen. Die Planer des Verbands sahen die notwendigen Eingriffe in den Freiraum „als vergleichsweise gering“ an. Der Regionalverband hatte für das Messavorhaben ohne Zweifel die entscheidenden Weichen gestellt.

Der Bau der neuen Messe an der B36 im Süden der Stadt Karlsruhe wurde 2001 begonnen, zwischenzeitlich gab es in der Stadt – und insbesondere mit dem Landkreis als neu gewonnenem Teilhaber – Diskussionen um die Zahl der zu bauenden Hallen. Auch das Land war mit einer finanziellen Beteiligung mit im Boot. Am Ende sollten im Jahr 2003 vier Hallen eingeweiht werden. Der Bau der neuen Messe war auch letztlich Startschuss für weitere Gewerbesiedlungen in unmittelbarer Nachbarschaft. Etwa mit einem neuen regionalen Fleischwerk des Offenburger Unternehmens EDEKA, das bis zum Baubeginn für viele Diskussionen sorgte.

(SJ)



„Spiel ohne Grenzen“

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein wurde im Karlsruher Kongresszentrum beflügelt.

Das Jahr 1996 ist für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein von zentraler Bedeutung. Zu Jahresbeginn hatten sich damals im Karlsruher Kongresszentrum Regierungsvertreter der Bundesrepublik Deutschland und des französischen Staates, der Schweiz und des Großherzogtums Luxemburg zusammengefunden, um grenznahe Gebietskörperschaften näher zueinander zu bringen. Mit dabei war damals Bundesaußenminister Klaus Kinkel, dessen Bundestagswahlkreis in Karlsruhe lag. Mit Veröffentlichung des „Karlsruher Abkommens“ im Gesetzblatt Nr.6 (GBI) vom 6.März 1996, S.174 f., sollte es später erstmals möglich sein, Projekte und Kooperationsformen – insbesondere zwischen dem Elsass und Baden-Württemberg – zu beschließen, ohne dabei zuerst Paris oder Berlin befragen zu müssen. Das fand schnell schon Anwendung bei der Gründung des Zweckverbands REGIO PAMINA – durch Akteure des Regionalverbands, weiterer kommunaler Akteure in Baden und grenznaher Nachbarn im Elsass und der Pfalz.

Erste wichtige Wegmarken setzte die „Willenserklärung von Wissembourg“ 1988, mit starken Impulsen des Regionalverbands. Das war gleichzeitig Grundlage der Zusammenarbeit von drei grenznahen Teilregionen, dem „Palatinat“ (lat. für Südpfalz), dem rechtsrheinisch gelegenen Gebiet „Mittlerer Oberrhein“ und dem Departement Bas Rhin / „Nord Alsace“ (dem Nordteil der französischen Region Elsass) – jeweils die ersten Buchstaben der Gebietsbezeichnungen, also PA-MI-NA, bilden eine Anspielung auf Mozarts Opernfigur und sollen damit auch positiven Klang erzeugen. Doch erst mit dem „Karlsruher Abkommen“ sind auch wirklich Grenzen geöffnet worden, ergänzt alsbald durch das Schengener Abkommen, das Zollschranken erübrigte. Seit Anfang der 1990er Jahre fließen regelmäßig INTERREG-

Fördermittel aus Brüssel, mit denen das „Spiel ohne Grenzen“ beflügelt werden soll. Ein Dreh- und Angelpunkt der Aktivitäten ist seit 1991 das Alte Zollhaus im elsässischen Lauterbourg, dem heutigen Sitz des Eurodistricts REGIO PAMINA, der Infobest PAMINA und dem Informationsbüro Vis-à-Vis.

Zur grenzüberschreitenden Realität gehören freilich auch Phänomene, die keine Staatsgrenzen kennen und die keine Brücken brauchen: Rheinhochwasser, Emissionen oder der Klimawandel. Ob Wirtschaft, Forschung, Kultur oder Verwaltung, der Dialog und die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg eröffnete vielfältige neue Chancen. Mehrmals legte die EU neue INTERREG-Förderprogramme auf. Schon bei INTERREG II in den Jahren 1994 bis 1999 beispielsweise flossen 11,5 Millionen ECU Fördermittel in grenzüberschreitende Projekte in der PAMINA-Region, z.B. der Volkshochschulen und anderer Bildungsprojekte, in gemeinsame Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung – oder zur Förderung und Beratung von Handwerkern und Pendlern beidseits des Rheins.

Freilich lief da nicht immer alles problemlos. Ende der 1990er Jahre gab es mehrfach intensive Diskussionen in Gremien des Regionalverbands, etwa über die Einflüsse von zugewanderten und pendelnden Deutschen auf die Immobilienpreise auf französischem Boden. Abgelehnt wurden von den Franzosen Pläne

Art. 1: „Zweck dieses Übereinkommens ist es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen deutschen, französischen, luxemburgischen und schweizerischen Gebietskörperschaften und örtlichen öffentlichen Stellen im Rahmen ihrer Befugnisse und unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts und der völkerrechtlichen Verpflichtungen der Vertragsparteien zu erleichtern und zu verbessern“.

Amtliches Gesetzblatt der Bundesrepublik Deutschland vom 6. März 1996 – zum Thema „Karlsruher Übereinkommen“

zur Erweiterung des Karlsruher Stadtbahnnetzes ins Nordelsass: aus ähnlichen Gründen. Letzteres wird freilich heute von französischen Freunden bedauert. Atmosphärische Spannungen traten im Zweckverband REGIO PAMINA auch auf wegen des Ausbaus des Regionalflughafens auf dem Baden-Airpark, der direkte Konkurrenz zum Flughafen Straßburg/Entzheim darstellt.

Auch Konfliktlinien bei der Ausweisung von Einzelhandelszonen taten sich auf; nicht nur zwischen Karlsruhe und der Südpfalz, als Planungen für ein Fachmarktzentrum im Mittelzentrum Wörth begannen. Jahrelang beschäftigten sich Gremien des Regionalverbands mit einem „Factory Outlet Center“, der Einkaufswelt im elsässischen Roppenheim – nahe der Grenze bei der Staustufe Iffezheim, unweit des einstigen Schlagbaumes. Zuvor, 2001, lehnte die Region auf Flächen des „Baden-Airparks“ die Pläne für ein großes Einkaufszentrum ab: der Investor zog einfach ein paar Kilometer weiter auf die andere Rheinseite. Während Roppenheim 2012 eröffnete, führten Diskussionen beiderseits des Rheins zu mehr Sensibilität für den „regional bedeutsamen Einzelhandel“ und mit der Weißenburger Erklärung zu einer deutlich verbesserten Abstimmung der Ansiedlungspraxis. Parallel entwickelte der Verband einen eigenen Teil-Regionalplan zu diesem Themenbereich. Dabei bewährte sich der Regionalverband über Grenzen hinweg in ausgleichender Funktion.

Die Zusammenarbeit am Oberrhein – mit Beteiligung des Regionalverbands – kennt noch weitere Mosaiksteine, denen freilich immer wieder neues Leben einzuhauchen ist: etwa bei der seit über 20 Jahren grenzüberschreitend wirkenden Touristik-Gemeinschaft Baden-Elsass-Pfalz e. V., kurz „Vis-à-Vis“ – mit

eigener Geschäftsstelle im HAUS DER REGION in Karlsruhe, oder dem aus INTERREG-Mitteln entstandenen PAMINA-Rheinpark mit Geschäftsstelle in Rastatt und dem Oberrheinrat mit Sitz in Kehl. Neue Organisationen suchen noch ihren endgültigen Platz: die „Trinationale Metropolregion Oberrhein“ (TMO) und der als Netzwerk agierende „Initiativkreis Metropolitane Grenzregionen“ (IMeG – siehe rechts).

Auch der elsässische Bürgermeister Louis Becker, damaliger Vorsitzender des Eurodistricts REGIO PAMINA, forderte bei einer Präsentation der Arbeit des Eurodistricts im Jahr 2008 bei der Verbandsversammlung des Regionalverbands in Bretten „die noch stärkere Einbindung des badischen Teilraums“.

(SJ)

Eurodistrict REGIO PAMINA

www.eurodistrict-regio-pamina.com/pamina

Touristik-Gemeinschaft

Baden-Elsass-Pfalz e.V.

www.vis-a-vis-pamina.eu

PAMINA-Rheinpark e.V.

www.pamina-rheinpark.org

IMeG : Initiativkreis „Metropolitane Grenzregionen“

2011 gründete sich in Berlin der Initiativkreis „Metropolitane Grenzregionen“. Zu den Mitgliedern der ersten Stunde gehört auch der Regionalverband Mittlerer Oberrhein. Die beteiligten Projektpartner möchten die „Metropolitane Grenzregionen“ stärker in den Fokus der europäischen und nationalen Raumentwicklungspolitik bringen und ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern. Dabei gilt es, die Aufmerksamkeit der Struktur- und Förderpolitiken auf die besonderen Anliegen und die außergewöhnlichen Potenziale der Grenzregionen zu lenken. Sechs Projektpartner aus der Startphase haben die Besonderheiten der Metropolitane Grenzregionen herausgearbeitet. Wesentliches Merkmal sind die intensiven wirtschaftlichen und räumlichen Verbindungen, die sich beispielsweise in der hohen Anzahl grenzüberschreitender Pendler widerspiegeln. Die Trinationale Metropolregion Oberrhein zwischen Karlsruhe und Basel ist zudem im Bereich Wissenschaft durch das hervorragende Netz von Hochschulen und Forschungseinrichtungen sehr gut aufgestellt. Die Projektpartnerschaft wird von den Regionalverbänden Südlicher Oberrhein, Mittlerer Oberrhein, Hochrhein-Bodensee, Bodensee-Oberschwaben, die Region Aachen und das Saarland getragen. Weitere Informationen:

www.metropolitane-grenzregionen.eu

Grenzüberschreitender Schulterschluss: Unterzeichnung des „Karlsruher Übereinkommens“ am 23. Januar 1996 unter anderem durch den ehemaligen Bundesaußenminister Dr. Klaus Kinkel.

Eurodistrict REGIO PAMINA: Information, Beratung und Koordination in der Zentrale im elsässischen Lauterbourg



„Regionalplanung heißt Raumnutzungskonflikte lösen“

Interview mit Prof. Dr. Gerd Hager, Verbandsdirektor

Gerd Hager, seit 2001, mit Wiederwahl 2009, erst der zweite amtierende Verbandsdirektor des Regionalverbands, gibt im Interview Einblicke in Berührungspunkte zu Planungsfragen, die ihn während seiner ganzen beruflichen Laufbahn begleiten. Für ihn heißt die Kernaufgabe der Regionalplanung, bestehende Raumnutzungskonflikte zu lösen: aktuell etwa beim Thema Windkraft. Gerd Hager veranschaulicht zudem, wie sich das Zusammenspiel der Organisationen am badischen Oberrhein und grenzüberschreitend auch in seiner Amtszeit weiter verbessert hat.

Herr Dr. Hager, vor Ihrer Zeit beim Regionalverband waren Sie viele Jahre beim Regierungspräsidium tätig, teilweise mit Aufgaben der Aufsichtsbehörde. Was unterschied sich in der damaligen Tätigkeit zu der heutigen, quasi jetzt an der Front?

Ein wesentlicher Unterschied war wohl der, dass beim Präsidium stark das Recht die Aufgabe prägt, während die Arbeit beim Regionalverband einen stärker politischen Hintergrund besitzt. Das ist auch ein Wechsel gewesen vom Land, mit seinem ganz spezifischen Denken, hinein in die kommunale Familie – hinein in eine Verwaltungsebene, die aus allen Reformen der letzten Jahre gestärkt hervorging.

In der Regionalplanung bringt man Ideen ein, Konzepte. Haben Sie in Ihrer Zeit beim Land schon Dinge initiiert, forciert, gerade in Nordbaden?

Eigentlich eine ganze Menge. Meine erste Berührung zur Regionalplanung kam mit der Konversion in Söllingen, bei der Entwicklung des Baden-Airparks. Das war zu Beginn auch ein Projekt des Präsidiums, ehe dann eine eigene Gesellschaft beim Regionalverband gegründet wurde.

Also sozusagen schon eine Lehrzeit auf der Landesebene ...

In der Tat, damals hat alles angefangen. Große Projekte, bei denen ich in den 1990er Jahren mitwirken durfte, waren die Unterbringung von Asylbewerbern, später dann IKEA in Walldorf oder die Stadionfrage in Mannheim.

Regionalplanung bedeutet Abwägung, heißt Lösung von Raumnutzungskonflikten. Ist da der Blick im Präsidium ein anderer, als beim Regionalverband?

Ja klar. Der Regionalverband agiert näher am Bürger, näher an den Kommunen. Das Weiß im Auge des Bürgermeisters erkennt man hier deutlich besser. Und dadurch wandelt sich der Blick ein Stück weit, von den großen staatlichen Aufgaben, hin zu den konkreten Interessen, die eine Region umtreiben, das sind andere Denkwelten.

Wären Sie, wenn es etwa um die Zweite Rheinbrücke geht, im Moment lieber beim Land?

(lacht) Das ist derzeit sicherlich ein schwieriger Job, weil man immer zwischen allen Stühlen sitzt. „So geht's“, zu sagen, das hätte gewiss seinen Reiz. Aber eine derart weitreichende Entscheidung kann selbst die staatliche Mittelebene nicht solo treffen. Die widerstreitenden Interessen laufen derzeit stark auseinander, es gab schon viele Volten in der Geschichte, wer weiß, ob es die letzten waren ...

Im Jahr 2001 sind Sie zum Regionalverband gekommen: das war eine Zeit der großen Umbrüche, ein novelliertes Landesplanungsgesetz, der Regionalverband wurde Mitglied der TechnologieRegion – dort gab es eine neue, teilweise gemeinsame Geschäftsführung, die Pamina-Region wurde zum Zweckverband. Ist da inzwischen alles eingespielt?

Das waren spannende Anfangsjahre, natürlich gab es Reibungsverluste. Die Regio Pamina war noch nicht unumstritten. Der eingeschlagene Weg hat sich aber als richtig erwiesen. Was noch viel wichtiger ist: das Vertrauen grenzüberschreitend ist gewachsen und hat auch Spannungen ausgehalten wie beim Flugplatz in Söllingen – als Konkurrenz zu Straßburg-Entzheim – und dem Outlet-Center in Roppenheim. Aber unsere Partnerschaft mit den Freunden in Frankreich, die bleibt eine Aufgabe über den Tag hinaus.



Es gab auch eine neue Abgrenzung zur TechnologieRegion. Auch neue Möglichkeiten im Landesplanungsgesetz. Steht der Regionalverband jetzt gestärkt da?

2003 lautete die Frage, wie stellt sich die Region neu auf. Es gab einen starken Verband Region Stuttgart, und alle anderen im Land – elf weitere Regionalverbände. Da machte die Novelle einen kleinen Schritt in Richtung Stuttgarter Modell. Aber es ist eine Differenz geblieben. Es gab zudem neue Möglichkeiten im Regionalmanagement. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist im Nachhinein gewissermaßen legalisiert worden. Die Aufgaben hatten wir ja schon zuvor erledigt. Bei der TechnologieRegion lag die Dynamik immer beim Oberzentrum der Region, der Stadt Karlsruhe. Da wurden Schnittstellen neu definiert.

Müsste man heute, zwölf Jahre später, nochmals an der Organisationschraube drehen?

Nur im regionalen Schulterschluss. Mittlerweile kam auf Landesebene ein neuer, interessanter Player hinzu: der Verband Region Rhein-Neckar, der drei Bundesländer abdeckt, zudem den Status Metropolregion besitzt. Wir sind von den zehn kleineren Regionen die stärkste. Es stellt sich die Frage, ob wir das Niveau von Mannheim

erreichen wollen. Sich an Stuttgart anzugleichen, steht nicht zur Debatte. Ganz am Ende bleibt die Frage, ob es Regionalkreise geben kann und wird. Das wäre die ganz große Lösung, dieses Thema kommt als Diskussionspunkt in der nächsten Legislaturperiode des Landtags auf das Programm, als Vision, nicht als Aktion.

Sie sind in der zweiten Amtszeit. Was sind die großen Herausforderungen und Themen der ersten acht Jahre, in der Zeit bis 2009, gewesen?

Wir hatten sicherlich eine Vorreiterrolle in der Thematik Regenerative Energien, der Mittlere Oberrhein war einer der ersten Regionalverbände in Baden-Württemberg, der eine Windplanung auflegte. Wir haben uns sehr früh schon mit der Solarplanung

„Die Region Stuttgart hat sich einen Namen gemacht. Was heißt dagegen Regionalverband Mittlerer Oberrhein? Das ist kein Name, höchstens eine Amtsbezeichnung. Ich wünsche mir weniger badische Gemütlichkeit, dafür mehr Kühnheit der badischen Vorfahren, die – es war im Jahre 1818 – veranlasst durch den Zusammenschluss der Baden-Badener und der Karlsruhe-Durlacher-Linie, eine völlig neuartige Verfassung für Deutschland schufen. Mein Wunsch für die Region ist, dass das Jahr 2001 Gründungsjahr der Region Karlsruhe-Baden-Baden wird.“

Hermann Heil, Fraktionsvorsitzender, plädiert in der Sitzung der Verbandsversammlung am 13. Dezember 2000 für die Namensgebung „Region Karlsruhe/Baden-Baden“

„Mit der Gründung der TechnologieRegion Karlsruhe als gemeinsames Sprachrohr vor allem der Wirtschaft trat ein konkurrierender Begriff und eine parallele Initiative auf den Plan, die über die zwischenzeitlich erfolgte Mitgliedschaft des Regionalverbandes auch organisatorisch verzahnt ist. Es bleiben jedoch mit der TechnologieRegion und dem Regionalverband zwei unterschiedlich legitimierte und finanzierte Organisationsstrukturen. Die Verzahnung bietet die Chance, über eine gemeinsame Geschäftsführung und ein gemeinsames Marketing regionales Bewusstsein zu stärken.“

Claus Donath, langjähriger Journalist der Stuttgarter Zeitung – in einem Beitrag „Zeit ist reif Region neu zu definieren“ – laut der Hauszeitschrift „INFO“ 2/2001 des Regionalverbands

befasst. Auch andere Formen der regenerativen Energieerzeugung kam früh in den Fokus. Daneben war ein wichtiges Themenfeld der Einzelhandel mit zwei Zielen: Grundversorgung sichern und Zentren stärken. Dabei sind wir auf einem guten Weg.

Gab es neue Felder, die nach 2009, mit Beginn Ihrer zweiten Amtszeit dazu kamen?

Neu hinzugekommen ist der Klimaschutz, spürbar geworden ist der demografische Wandel, hier haben wir sehr früh schon die Kommunen beraten. Um die Klimaveränderungen wird es künftig verstärkt gehen. Und als ganz großes Thema stellt sich die Partizipation, die Mitwirkung der Menschen bei der Planung von Großvorhaben.

Kann das, die Bürgerbeteiligung, eine kleine Verwaltung überhaupt leisten?

Hier kommt die Verwaltung sicher ganz schnell an ihre Grenzen. Das sehen Sie derzeit bei der Windenergie. Uns liegen aktuell 5.500 Einwendungen vor,

die müssen erst einmal in einem kleinen Haus bearbeitet werden. Noch bei der Auflage unseres Windplanes 2003 waren es gerade 1.000 Einsprüche. Auf Ebene der Regionalplanung werden oft große Projekt erstmals konkret. Vielleicht helfen künftig die neuen Medien ein Format zu finden, das noch handhabbar erscheint, das wäre für uns eine echte Chance.

Kann man beim Thema Wind zum Schluss kommen, die neue grün-rote Landesregierung habe im Herbst 2011 alles über den Haufen geworfen, was Sie über Jahre erarbeiteten?

Nein, die Windenergie ist nur ein Themenfeld unter vielen. Alle Regionalverbände haben sich zu den Beschlüssen vor zwei Jahren, die die bestehenden Windpläne in den Regionen 2013 aufgehoben haben, klar positioniert. Schon damals, bei der Anhörung im Landtag, wies ich darauf hin, was sich jetzt bestätigt: dass die Steuerung auch bei den Kommunen ihre Schwierigkeiten aufweisen wird. Ich sagte Probleme bei den Landschaftsschutzgebieten voraus – und dass es bei der Ausweisung von Vorranggebieten schneller gegangen wäre, wenn man uns die Windplanung gelassen hätte.



Hat die Landesregierung die Regionalplanung gar auf das Thema Windkraft reduziert?

Nein, im Koalitionsvertrag steht ein wichtiger Passus. Dort heißt es, die neue Landesregierung möchte die Regionalplanung stärken. Die Regionen waren zuerst neugierig, dann überrascht, dass uns die erste große Aktion geschwächt hat. Auf der anderen Seite haben wir im Wandel eine Chance gesehen, setzten uns mit den Kommunen zusammen im Sinne eines Regional-

managements. De facto wären heute viele Kommunen froh, wenn sie das Thema wieder bei uns anlanden könnten.

Hatte die Region am Oberrhein da eine bessere Ausgangsposition, als andere, weil ein eigener Teil-Regionalplan Wind schon 2003 vorlag?

Ja, eindeutig. Wir hatten zudem schon vor der Landtagswahl 2011 einen Auftrag, dass der Regio-



„Als ganz großes Thema stellt sich die Partizipation, die Mitwirkung der Menschen bei der Planung von Großvorhaben.“

Informationsveranstaltung zum Thema Windenergie und Infraschall und Bürgerinitiativen bei der Übergabe von Unterschriften im HAUS DER REGION.





Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit über den Rhein braucht neben Brücken und Fähren, engagierte Protagonisten und Ideen von beiden Seiten.

„Für die Zukunft wünsche ich mir, dass für die weitere Zusammenarbeit nicht Namensgebungen wie Regionalparlament, Regionalkonferenz, Regionalrat oder Verband der TechnologieRegion vorderste Priorität haben, sondern die Fortsetzung unserer erfolgreichen regionalen Arbeit“.

Günther Rüssel, zu Beginn der konstituierenden Sitzung der Verbandsversammlung der sechsten Wahlperiode, Februar 2000 (Rüssel war in Karlsruhe ab 1965 Gemeinderat, dort lange auch Partei- und Fraktionsvorsitzender)

nalverband den Windregionalplan fortschreiben sollte. Bei uns gab es die Energiewende ein halbes Jahr vor der Wahl, auch ein halbes Jahr vor Fukushima. Schon früh sendete die Politik das Signal, zusätzliche, neue Standorte zu suchen – auf der Basis unserer Expertise, die wir heute den Kommunen zur Verfügung stellen.

Wie sieht es mit dem Zukunftsthema Flächenmanagement aus?

Die Suche und die Sucht nach Fläche ist ungebrochen, die Raumnutzungskonflikte nehmen zu. Ein

Beispiel: im Außenbereich – also außerhalb der Ortslagen – soll baulich nur wenig geschehen, Innenentwicklung heißt die Devise. Die Planungen zur Windenergie werden aber nahezu vollständig, bei den anderen Energieträgern z. T. im Außenbereich stattfinden. Hinzu kommen neue Überlandleitungen zum Stromtransport. Wir haben weiterhin einen Anstieg der Erwerbsbevölkerung. Es wird auch künftig Nachfrage nach Gewerbegebieten geben. Von einem merklichen Rückgang des Flächenverbrauchs, wie in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung festgelegt, sind wir weit entfernt.

Flächenmanagement war immer ein wichtiges Thema der Regionalplanung ...

Ein Klassiker sozusagen. Die Lösung von Raumnutzungskonflikten ist unsere planerische Kernaufgabe. Das ist und bleibt das Thema Nummer 1.

Ein wichtiges Thema am Oberrhein ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Es gibt eine Vielzahl von Organisationen und Ebenen. Der Bürger weiß da nicht immer, was wofür steht – und vermutlich nicht nur dieser. Was kann da besser werden?

Der Regionalverband war immer ein Vorreiter der deutsch-französischen Zusammenarbeit, für uns alle

und für mich ganz persönlich eine Herzensangelegenheit. Das hat natürlich damit zu tun, dass das Oberzentrum in die benachbarte Pfalz ausstrahlt, ein Stück weit selbst in das Elsass hinein. Es gibt den Raumbezug, es gibt die Kontakte zwischen den Menschen. Mit dem Eurodistrikt Regio Pamina haben wir einen Ankerpunkt. Aber auch Gutes muss noch besser werden. Im Rahmen von INTERREG V besteht die Möglichkeit, stärker in die Öffentlichkeit auszustrahlen. Wir müssen zunehmend großräumig denken. Ich nenne die Trinationale Metropolregion Oberrhein ein Zukunftsprojekt, der richtige Perimeter für großräumige Zusammenarbeit ...

Da fängt der Bürger aber schon beim Begriff an zu stutzen: was ist das?

Ein Lebensraum für die sechs Millionen Menschen zwischen Karlsruhe und Basel, ein alter Kulturraum,

„Wir müssen die Regio Pamina erlebbar machen, konkrete Maßnahmen mit spürbaren Resultaten fördern, bürgernah und bedürfnisgerecht agieren. Dazu müssen wir Netzwerke festigen und ausbauen, und auch den badischen Teilraum noch stärker miteinbeziehen“.

Louis Becker, Maire de Herlisheim, Nordelsass – in seiner Funktion als Vorsitzender des Eurodistricts REGIO PAMINA am 12. November 2008 in Bretten – zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

ein Kernraum in Europa. Ich räume ein: wir sind etwas „over instituted“. Es gibt ein Städtenetzwerk, die Oberrheinkonferenz, den Oberrheinrat, drei oder vier Eurodistrikte, viele lokale Initiativen. In der Abstimmung, in der Kommunikation steckt sehr viel, ja zu viel Energie. Am Ende sind wahrnehmbare Projekte und politische Erfolge nötig. Vielleicht können künftig unter dem Dach der Trinationale Metropolregion Oberrhein alle Institutionen zusammengefasst werden.

Zu einem griffigen, gängigen Begriff für dieses Konstrukt, kam dabei aber noch keiner?

Solche Institutionen sind nicht dazu gedacht, dass sie jeden Tag, zu jeder Stunde, beim Bürger im Bewusstsein aufscheinen. Vordergründige Effekthascherei, Party feiern und sexy sein, das sind nicht unsere Ziele. Wir möchten in Europa glänzen als Exzellenzraum, bei der Forschung, in der Wissenschaft, im Tourismus und im Verkehr. Hier zu den Besten des Kontinents zu gehören, das genügt. ■



Prof. Dr. iur. Gerd Hager, geboren in Karlsruhe, hat nach dem Studium der Rechts- und Verwaltungswissenschaften verschiedene Stationen in der Landesverwaltung absolviert: zuletzt beim Regierungspräsidium Karlsruhe. 2001 wurde er erstmals zum Direktor des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein gewählt und 2009 von der Verbandsversammlung bestätigt. 2013 Honorarprofessor am KIT.

Privileg trifft Planung

*Die Energieerzeugung mit Sonne und Wind
erfordert „eine ordnende Hand“*

Mancher irrt, der glaubt, die erhöhte Nachfrage nach Genehmigung von Wind- oder Solaranlagen habe zuallererst mit politischen, oder gar den aktuellen oder früheren Bundesregierungen – ob rot-grüne oder schwarz-gelbe Konstellationen – zu tun: ganz zu Beginn stand die EU-weite Liberalisierung des Strommarktes, die ab 1996 bzw. 1998 zur Bildung privatisierter Energiekonzerne und wenig später auch zu neuen Einspeisevergütungen für private Anbieter führte. Die ersten Bauanträge für Windkraftanlagen finden sich am Mittleren Oberrhein bereits ab den Jahren 1997/98. Zuvor gab es schon einen Pionier: die Pilotanlage in Walzbachtal aus dem Jahr 1988, damals vom Landratsamt Karlsruhe, genehmigt – durch Gerd Hager. Ein zweites Windrad – auf dem Windmühlenberg im Karlsruher Rheinhafen – stand Ende 1998, nach dem Bauantrag von September 1997. Inzwischen sind es dort drei Räder. Auch etwa ein Windrad mit 46 Meter Nabenhöhe westlich Stuttgart auf dem Schuttbraunberg „Grüner Heiner“ bei Weilimdorf, an der A81, steht bereits seit 1999.

Gleichwohl sahen Behörden deutschlandweit bald schon Regelungsbedarf. Parallel zu den Privatisierungsentscheidungen hatte eine Novellierung des § 35 Abs. 1 und 3 BauGB vom 30. Juli 1996 Türen geöffnet: damit wurden Windenergieanlagen zu privilegierten Außenbereichsvorhaben. Im Gegenzug wurde der sogenannte „Planvorbehalt“ eingefügt, der eine Lenkung der Windenergie durch die Regionalplanung und die Flächennutzungsplanung ermöglichte. Die Regionalverbände erörterten dies im Südwesten im November 1999 auf einer landesweiten Regionalplanertagung.

Einen gewissermaßen offiziellen Startschuss „Windenergie in der Region Mittlerer Oberrhein“ gab es mit Sitzung des Planungsausschusses vom 8. März 2000. Damals gab es erste eigene Konzeptionen für (Positiv-) Standorte von Windenergieanlagen im Süd-

westen nur in den Regionen Bodensee-Oberschwaben und Heilbronn-Franken. Mit einem frühen Urteil des Verwaltungsgerichts Freiburg wurde festgestellt, dass sich „eine typische Schwarzwaldlandschaft“ rechtlich – als höherwertig – nicht gegen eine Privilegierung von Windenergieanlagen durchsetzt. Der VGH Mannheim bestätigte dies. Im Mai 1998 gab das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg als Novum den Solar- und Windenergieatlas heraus: mit der Beschreibung windhöffiger Gebiete. Anfang 2001 war dann in Karlsruhe erstmals die Rede von Vorrang- und nach Möglichkeit Ausschlussgebieten, die festgelegt werden müssten. Zu der Zeit gab es 27 Projektanfragen mit Bauhöhen von bis zu 133 Metern. In langwierigen Anhörungsverfahren ab Mai 2001 wurde die Planung Erneuerbare Energien/Windenergie initiiert. Es waren zunächst neun Vorrangflächen mit Flächen zwischen 25 und 70 Hektar für Windkraft vorgeschlagen, zwei davon auch auf Anhöhen des Nordschwarzwalds. Die erste Planung ging von Juli bis Oktober 2001 in die Anhörung. 2002 beschloss die Verbandsversammlung, das Thema in einen eigenen Teil-Regionalplan zu fassen. Im zweiten Anhörungsverfahren von März bis Juni 2003 waren es 19 Standorte (auf 0,6 Prozent der Gemarkungsfläche der Region), als Vorrangstandorte für raumbedeutsame Windenergieanlagen mit drei bis zehn Anlagen.

Dies wurde später von der Mehrheit des Planungsausschusses wieder auf neun Standorte reduziert, nachdem „mindestens eine Halbierung“ gefordert worden war. Deutliche Kritik wurde im März 2003 bei einer Sitzung in Rastatt geäußert, nachdem eine Dreiteilung der Planung in Vorranggebiete, Ausschlussgebiete

und geeignete Gebiete von der Landesregierung unter Ministerpräsident Erwin Teufel in eine reine „Schwarz-Weiß-Planung“ abgeändert wurde: was dann letztlich zur erneuten Halbierung der Standorte führte. Anfang 2004 wurden vier Standorte mit bis zu 20 Anlagen als Satzung beschlossen. Der Ausschluss des Plangebietes

„Teufelsmühle“ bei Loffenau führte 2004 zur Normenkontrollklage eines Anlagenbauers – die Ausweisung von Gebieten bei Östringen desgleichen, dort aber durch die Gemeinde.

Die Planung des RVMO konnte sich aber auf allen gerichtlichen Ebenen durchsetzen: Der VGH Baden-Württemberg hat in einem viel beachteten Grundsatzzurteil die Planung bestätigt. Und das BVerwG nutzte die Karlsruher Planung zu ersten, damals grundlegenden Aussagen zur regionalen Steuerung der Windkraftnutzung. Seine Entscheidung gehört noch heute zu den immer wieder zitierten Grundlagen der rechtlichen Steuerungen mittels eines Planvorbehalts. Die Verbandsverwaltung hat die gerichtlichen Auseinandersetzungen bis nach Leipzig selbst gesteuert und vertreten. Ab Jahreswechsel 2010/2011 ging der Verband eine Neuauflage des Plans an.

Weit weniger spektakulär – und weniger präsent in der öffentlichen Wahrnehmung – war die Befassung mit anderen Formen der regenerativen Energien in der Region. Bereits im November 2002 wurde beschlossen, die Potenziale von Solarenergie, von Geothermie, Biomasse und Wasserkraft zu untersuchen. In einer 2006 beschlossenen Teilfortschreibung zur Nutzung der Solarenergie wurden 10 Vorbehaltsgebiete für regionalbedeutsame Photovoltaikanlagen festgelegt. Innerörtliche Flächen wollte man für die Solarenergie-

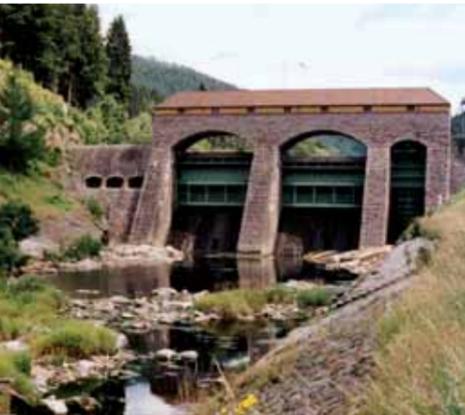
nutzung favorisieren, und zugleich starke Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes ausschließen. Motto: „Mehr Solaranlagen auf die Dächer“. Gleichzeitig gab es die Bestrebung für die Bereitstellung von Ausgleichsflächen – bei entsprechender Flächeninanspruchnahme.

In einem Energiegutachten – „Potenziale Erneuerbarer Energien“ – wurden, mit Blick auf das Zieljahr 2020, im Sommer 2012 auf rund 60 Seiten die Möglichkeiten zum Ausbau von Solarer Energie, Wasserkraftnutzung, der oberflächennahen Geothermie und der Verwertung von Biomasse erörtert. Dabei wurde für jeden der Bereiche ein Leuchtturmprojekt gelistet: Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach eines Logistikzentrums bei Philippsburg – als größte Solarstrom-Aufdachanlage Deutschlands; ein Wasserkleinkraftwerk an der Pfinz bei Söllingen; eine durch Erdwärme ergänzte Heizungsanlage einer Karlsruher Bank – und schließlich ein Biomethangaskonzept für den Landkreis Karlsruhe. Fortschritte bei der Gewinn-

„Sonnenernte“ in dieser Form, sollte eher die Ausnahme bleiben. Die größte Solarstrom-Aufdachanlage Deutschlands befindet sich bei Philippsburg: Mit einer Fläche von 87.000 Quadratmetern und einer Gesamtleistung von 7.400 kW könnte sie rund 1.800 Haushalte mit Strom versorgen.

nung erneuerbarer Energie werden in einem jährlichen Bericht an die Verbandsgremien zusammengestellt. Dieses Monitoring zielt auf einen regionalen Wettbewerb mittels einer Erfolgsliste, denn wer vorangeht wird auch bemerkt.

(SJ)



Die Wasserkraft ist in der Region Mittlerer Oberrhein die Hauptquelle der erneuerbaren Energien.



Raps gehört in Mitteleuropa zu den wichtigsten Energiepflanzen.



**Umwelt- und Energieagentur
Kreis Karlsruhe**
www.energieagentur-kreiska.de
**Karlsruher Energie- und Klimaschutz-
agentur GmbH**
www.kek-karlsruhe.de
Energieagentur Mittelbaden GmbH
www.energieagentur-mittelbaden.info

Brennpunktthema Flächenverbrauch

Freiraumschutz bleibt Tagesgeschäft

Seit jeher hat sich Regionalplanung intensiv mit dem Schutz von Böden und oberflächennahen Rohstoffen befasst. „Kernaufgabe der Raumplaner ist die Lösung von Raumnutzungskonflikten“, sagen die Fachleute der Praxis. Und dabei geht es oft zuallererst um die Minimierung von Flächenverbrauch.

Täglich werden in Deutschland fast 81 Hektar als Siedlungs- und Verkehrsflächen neu in Anspruch genommen. Und das nach wie vor, trotz aller gegenläufiger Anstrengungen. Dies entspricht einer Flächeninanspruchnahme, einem „Flächenverbrauch“ von zirka 116 Fußballfeldern. Fläche ist, wie Boden – und der knapp unter der Bodenkrume liegende oberflächennahe Rohstoffe – eine endliche Ressource. Flächenverbrauch ist ein schleichendes Phänomen, das erst in seiner Summe spürbar wird. Nicht identisch ist dabei Flächenverbrauch und Versiegelung. Dadurch werden Böden undurchlässig für

Niederschläge und verlieren ihre natürlichen Bodenfunktionen. Aber auch unbebaute Erholungsflächen wie Sportplätze oder Golfplätze tragen bereits zur qualitativen Veränderung von Böden bei.

Schon Anfang der 2000er Jahre war es Ziel der Bundesregierung, den Flächenverbrauch auf maximal 30 Hektar pro Tag zu minimieren. Dieses Ziel für 2020 gilt nach wie vor. Flächenverbrauch reduziert vor allem den Anteil wertvoller (Acker-) Böden, trägt zur Zersiedelung ländlicher Gebiete bei. Bislang weitgehend unzerschnittene Landschaftsräume gehen verloren.

Der Regionalplan für den Mittleren Oberrhein, genehmigt am 17. Februar 2003, geht im Kapitel „Regionale Freiraumstruktur“ auf mehr als 30 Seiten auf die Sicherung von Regionalen Grün-

„Die Festlegung von Grünzäsuren und die Ausweisung als Raum höchster ökologischer Bedeutung können erfolgversprechend nur einvernehmlich zwischen Regionalplanung und Verbandsgemeinde festgelegt werden. Regionalplanung muss raumordnerische Rahmenplanung sein. Sie muss den Verbandsgemeinden einen angemessenen Gestaltungsspielraum belassen“

Dr. Elmar Kolb, Fraktionsvorsitzender in der Bunderversammlung, zur Befragung: Wird der Regionalplan akzeptiert? – Erfahrungsbericht(e) aus Fraktionen – 3. Wahlperiode 1988

„Was die Akzeptanz der Regionalplanung betrifft, so besteht dieses unseres Erachtens dort in hohem Maße, wo keine Interessenskonflikte zu verzeichnen sind. Sobald jedoch wirtschaftliche Interessen eines großen Konzerns (Daimler-Benz) oder einer unternehmerischen Interessensgruppe (Kieskonzept) bzw. Siedlungswünsche einer Gemeinde (Flächennutzungsplan) mit der regionalen Planung kollidieren, sinkt der Grad an Übereinstimmung“.

Heidegret Gronewold, Fraktionsvorsitzende in der Bunderversammlung, zur Befragung: Wird der Regionalplan akzeptiert? – Erfahrungsbericht(e) aus Fraktionen – 3. Wahlperiode 1988

zügen und Grünzäsuren, den Schutz von Freiräumen, landwirtschaftlich genutzten Boden, Forstflächen und Bereichen für (Nah-) Erholung ein. Das allein zeigt schon das Gewicht der Aufgabe. Dazu kommen im gleichen Abschnitt vorbeugender Hochwasserschutz – der ebenso Freihalftflächen erfordert – und Festlegungen für Schutzbedürftige Bereiche oberflächen-naher Rohstoffe.

Karlsruher Planer wurden bei der Minimierung von Flächenverbrauch längst aktiv: vor wenigen Jahren initiierten diese, zusammen mit benachbarten Regionalverbänden – etwa in Pforzheim und Mannheim – und dem KIT sowie der ETH Zürich die Projekte Raum+ und Raum+ AKTIV. Die Studien hatten das Ziel, gemeinsam mit den Kommunen regionsübergreifend Potenziale zur Nutzung innerörtli-

cher Flächen, die teilweise brach lagen, zu sondieren. Die Untersuchungen ergaben in der Region Mittlerer Oberrhein 171 kurzfristig nutzbare Grundstücke mit 174 Hektar Fläche (Baulücken innerhalb von Baugebieten, aufgelassene Gewerbeflächen etc.). Die Erhebung umfasste insgesamt 542 Grundstücke. Mit der Erweiterung zu Raum+ AKTIV kam der Schritt von der Übersicht zur Umsetzung. In neun Modellkommunen aus drei Regionen – aus dem Mittleren Oberrhein Durmersheim und Philippsburg – wurden vermarktungsreife Mobilisierungskonzepte erarbeitet.

Als weitere Pilotprojekte zum Flächenthema kann der Regionalverband die Studie zum Flächenmonitoring und zum stillen Flächenverlust durch „die kleine Münze“ der Zersiedelung im Außenbereich verbuchen. In dem Flächenmonitoring werden in jedem Jahr die neu ausgewiesenen Baugebiete erhoben und den neu bebauten Gebieten gegenübergestellt, eine planerische Flächenbilanz eröffnet.

Fast zeitgleich, 2006, hatte der Regionalverband eine Gewerbeflächenstudie erstellt als zentralen Ausgangspunkt von künftigem Flächenmanagement. Dabei wurde die Erkenntnis gewonnen, dass zwischen 1994 und 2004 in der Region ca. 480 Hektar Gewerbeflächen neu bebaut wurden – und mit damaligem Stand 960 Hektar planungsrechtlich gesicherte Potenziale zur Verfügung standen. Gemeinsame Gewerbe-

gebiete sind noch selten: Interkommunal angelegt sind nur ein Gewerbegebiet in Flehingen, einem Ortsteil der Gemeinde Oberderdingen – und der Baden-Airpark bei Rheinmünster.

Eine der ältesten Aufgaben der Karlsruher Regionalplaner ist die Thematik Kiesabbau. Deutschland zählt als wichtige Industrienation zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt. Während viele Metallrohstoffe, Industriemineralien, seltene Erden und fossile Brennstoffe fast vollständig importiert werden müssen, wird ein Großteil der Massenrohstoffe wie Kies, Sand, Kalkstein und Ton – im rückläufigen Umfang auch Braun- und Steinkohle – aus heimischen Lagerstätten gewonnen. 2011 waren das in Deutschland etwa 605 Millionen Tonnen derartige mineralische Rohstoffe.

Der gesamte Oberrheingraben ist traditionell ein wichtiger Lieferant für Kies und Sand. Nur zwei Jahre nach Übergabe der Genehmigung des ersten Regionalplans durch den damaligen Innenminister Roman Herzog, 1982, wurde eine planerische Gesamtkonzeption – und Regulierung – für weiteren Abbau von Kies und Sand in der gesamten Region angestoßen. Räumliche Veränderungen, man kann auch sagen: entstandene Eingriffe in der Landschaft, waren unübersehbar. 38 Prozent der Abbaumengen im Südwesten entstammten damals dem Oberrheingraben.

Der Kies in der Oberrheinebene hat Spitzenqualität. Der Regionalverband kann einerseits für eine ausreichende Abbaumenge Sorge tragen, andererseits Belange von Naturschutz, Wasserwirtschaft oder Freizeitnutzung berücksichtigen.

Insgesamt 4.100 Hektar waren in der Region vom Kiesabbau betroffen (ehemalige, aktuelle und genehmigte Flächen).

Das Planerteam im HAUS DER REGION erstellte eine erste Kieskonzeption 2000, welche gleichzeitig die Bedeutung des Wirtschaftszweiges mit berücksichtigte. Der gültige Regionalplan Mittlerer Oberrhein 2003 benennt die Zielsetzung: „Der Abbau von mineralischen Rohstoffen soll so sparsam wie möglich erfolgen“. Er legt 17 Abbaustandorte mit ca. 184 Hektar als schutzbedürftige Bereiche fest: hier hat die Gewinnung



Der Regionalverband hat aktuell zwei Studien zum Thema „Monitoring Flächenverbrauch“ veröffentlicht. Einen Untersuchungsschwerpunkt bildete der planerisch ungesteuerte Bauflächenzuwachs im Außenbereich.



Streuobstwiesen zählen zu den artenreichen Biotopen der Region, die durch Siedlungsentwicklung aber auch Nutzungsaufgabe gefährdet sind.



von Rohstoffen Vorrang vor anderen Nutzungen. Für einen späteren Abbau sind weitere zehn Standorte mit ca. 270 Hektar als Sicherungsbereich festgelegt – auch hier bleiben andere Nutzungen, die das später verhindern könnten, ausgeschlossen. In der Region waren 2011 insgesamt 33 Abbaustandorte von Kies und Sand in Betrieb. Seit 2008 schreibt der Regionalverband dieses Kapitel fort mit dem Ziel, für die nächsten 30 Jahre 300 Millionen Tonnen Kies und Sand planerisch zu sichern.

(SJ)

Der Blick in die Zukunft

Wie Nahversorgung und Demografie, Klimaschutz und Klimawandel Hand in Hand gehen.

Regionalplanung dreht sich gemeinhin um Aufgaben, die Gemeindegrenzen überschreiten und koordinierten Umgang mit Flächen- und Verkehrsplanung erfordern, mit Ausweisung von Wohn- und Gewerbeflächen, Erholungsräumen, gemeinsamen Lösungen für die Abfallwirtschaft, Versorgung mit Wasser. Diese Aufzählung aus dem „Standardrepertoire“ an Themen ist nicht unbedingt identisch mit dem, was vor uns liegt, was an zukünftigen Herausforderungen ansteht. Künftig müssen sich die Planer noch viel stärker um „weiche Faktoren“ und um „Regionalmanagement“ kümmern.

Eine zeitliche Rückblende – Anfang Dezember 1995, mit einigen Schlagzeilen einer Tageszeitung im Süddeutschen, zeigt, worauf bislang häufig – mit Bezug auf Versorgung und Infrastruktur – der Blick gerichtet war. Die Titelzeilen sind zufällig:

„Nach achtjähriger Suche noch immer keinen Standort für Flugplatz gefunden“ – Wunsch der Heilbronner Wirtschaft bleibt wohl unerfüllbar ...

„Gipsabbau gemeinsam verhindern“ – in einem Naherholungsgebiet, unter dem Gipsvorkommen liegen, prallen die Interessengegensätze heftig aufeinander ...

„Wohnraum für 5.000 Mieter auf altem Kasernengelände“ – die Stadt Freiburg gestaltet ein zentrumsnahes Viertel völlig neu ...

Das sind Beispiele, wie sie eine Broschüre des ehemaligen Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau auflistet. Herausgeber war der einstige Professor für Raumforschung und Landesplanung, Klaus Töpfer.

Auch die in der Überschrift eingefügten Begriffspaare „Nahversorgung und Demografie“, sowie „Klimaschutz und Klimawandel“ mögen einander zufällig zugeordnet sein. Und doch stehen sie beide mittlerweile vielerorts, knapp 20 Jahre nach der Ära von Klaus Töpfer, im Mittelpunkt von Analysen, insbesondere wenn es um Zukunftsperspektiven geht. Diese Begriffspaare sollen hier abschließend erörtert Ausblicke ermöglichen – sie haben gerade am Oberrhein gemeinsame Bezüge.

Einst brachliegende Industrie- und Gewerbeflächen haben in der Region zwischen Bruchsal und Bühl mehrfach Investoren angelockt. Neue Entwicklungen beim Einzelhandel zeigten eine Tendenz zur Ausdehnung auf der „Grünen Wiese“. Hier griff die Regionalplanung steuernd ein.

Die Verantwortlichen wurden sensibilisiert – mit Beschluss vom April 2006 in Rastatt, hatte der Verband einen eigenen Teil-Regionalplan „Regionalbedeutsamer Einzelhandel“ auf den Weg gebracht. Damit sollte eine ausgewogene Struktur gewährleistet werden. Neben der Stärkung des Einzelhandels in den Innen-



Der Anteil der älteren Generation nimmt in den nächsten Jahren weiter zu. Mobilität und Nahversorgung sind nur zwei Aspekte, die im Zuge des demografischen Wandels eine zunehmend wichtige Rolle spielen werden.

städten – einerseits dort durch neue Magnetbetriebe, andererseits durch Ausschluss von innenstadtypischen Sortimenten auf der „Grünen Wiese“ – wurde ein stärkerer Blick auch auf Nahversorgung gerichtet. Dies auch um die Funktionsfähigkeit von Stadt- und Ortskernen kleiner Gemeinden zu bewahren. Im Februar 2011 hatte der Regionalverband das zudem zusammen mit Vertretern von Einzelhandel und IHK in einer Fachtagung zum Thema Nahversorgung erörtert: was angesichts der demografischen Entwicklung zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Demografie – unter dem Motto: „weniger, grauer, bunter ...“ – beschränkt sich bei der Entwicklung der Altersstruktur natürlich nicht nur auf „den Tante-Emma-Laden“ vor Ort, den man mutmaßlich weniger mobilen älteren Menschen erhalten möchte. Potenziale und Möglichkeiten der Nahversorgung bleiben aber angesichts der aus dem Internet erwachsenden Konkurrenz dauerhaft Thema. Demografischer Wandel reicht natürlich noch weiter: da geht es – jenseits von Fragen der Mobilität – auch um Pflege- und Altenbetreuung, und umgekehrt, am anderen Ende der (Alters-) Skala, um

„schrumpfende“ Kindergartengruppen, um kleiner werdende Schulklassen. 2012 hatte der Regionalverband zu diesem Zukunftsthema eine Broschüre veröffentlicht.

Auch die Begriffe „Klimaschutz“ und „Klimaanpassung“ lassen sich nicht voneinander trennen. Sie beeinflussen sich gegenseitig und sind zwei Seiten einer Medaille. Nach dem Reaktorunglück im japanischen Fukushima beschloss der Bundestag den Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie, die Bundesregierung dachte den Erneuerbaren Energien in ihrem Energiekonzept 2050 die Rolle „einer tragenden Säule der Energieversorgung“ zu. Die Energiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern verursacht weit weniger klimaschädliches CO₂ als fossile Kraftwerke und kann dazu beitragen, das Klima zu schützen und den Klimawandel etwas zu bremsen. In der Region Mittlerer Oberrhein bietet sich zur Energiegewinnung besonders die Nutzung von Sonnen- und Wasserenergie, aber auch Windenergie und Biomasse an.

Oben auf der Agenda steht derzeit die Windenergie. Die Änderung des Landesplanungsgesetzes durch die grün-rote Landesregierung rückte die kommunale und regionale Planungsebene bei diesem Thema eng aneinander und Kommunen und Regionalverband arbeiten intensiv an einer kommunal-regionalen Lenkung der Windkraftnutzung in der Region. Doch das ist nur ein erster Baustein, langfristig gilt es, alle er-

neuerbaren Energieformen in den Blick zu nehmen. Dezentrale Energiegewinnung wird Bestandteil der Kulturlandschaften in der Region werden. Diesen Wandel so zu gestalten, dass er die Kulturlandschaften in der Region bereichert und nicht überformt, wird die langfristige Aufgabe für die Planer in der Region sein.

Doch, wie gesagt: der Klimaschutz ist nicht zu trennen von Fragen der Klimaanpassung. Der August 2003 ist manchem in Erinnerung. Er hat gezeigt, was Auswirkungen eines Rekordhitze-Sommers bedeuten können: mehrere Tote in Karlsruher Altenheimen, mehrere zehntausend in ganz Europa, verstorben wegen Kreislaufversagen oder mangels genügender Wasserzufuhr. „Anpassung an den Klimawandel“ ist die Prägung der zweiten Seite der genannten Medaille. Wenn der Oberrhein im Lauf des nächsten Jahrhunderts klimatisch ins heutige Südtalien rückt, müssen Neubau und Umbau der Siedlungsgebiete sich gleichermaßen an neuen Maßstäben messen. Erkenntnisse über Hitzeinseln in bebauten Gebieten und die Durchlüftung in der Region mit den Kaltluftabflüssen aus den Seitentälern sind wichtiger denn je. Für die Berücksichtigung letzterer Zusammenhänge hat der Regionalverband Mittlerer Oberrhein mit der „Klimaanalyse Mittlerer Oberrhein 2010“ eine wichtige Grundlage erarbeitet.

Nicht zuletzt, und nicht zu vergessen: die durch den steten Klimawandel mit Anstieg der Durchschnitts-

temperaturen möglicherweise zunehmende Gefahr von Hochwassern. Der Pegelstand des Rheins bei Maxau hat nach 1999 bereits zum wiederholten Male eine kritische Marke erreicht. Nach dem Elbehochwasser hatte der Regionalverband 2002 auch erstmals den überschwemmungsgefährdeten Bereich am Rhein bei Extremhochwasser oder Versagen der Rheindämme aufgezeigt. Da bleibt es auch künftig eine dringende – und drängende – Aufgabe, die Einhaltung der Vereinbarungen zum „Integrierten Rheinprogramm“ (be-

schlossen bereits 1990), welches die Schaffung von weiteren Hochwasserpoldern zwischen Basel und Mannheim vorsieht, immer wieder erneut einzufordern. Da scheinen die gleichen Grundsätze zu gelten wie beim Fußball: nach dem Spiel, ist vor dem Spiel. Respektive: nach dem jüngsten Hochwasser ist vor dem nächsten drohenden Hochwasser. Nur das Problembewusstsein, wie etwa auch bei den schon benannten, weiterhin anhaltenden Flächenverbrauchswerten, scheint nicht überall gleich ausgeprägt zu sein.

(SJ)



Polder Söllingen/Greffern: Bereits einsatzbereiter Baustein des Integrierten Rheinprogramms. Ehemals natürliche Überflutungsflächen wie die Auenwälder und technische Hochwasserschutzmaßnahmen wie Polder gehen dabei Hand in Hand.



Ausblicke ins Jahr 2053

Stimmen zur Zukunft der Region

40 Jahre Regionalverband. Das sind 40 Jahre Rückblick, Analyse, Bewertung dessen was war. Was geschehen ist seit der Gründung im November 1973. Getreu einem klugen Satz von Konfuzius – „Wer nicht an die Zukunft denkt, wird bald Sorgen haben.“ – wagen wir aber auch den Blick nach vorne. Die Redaktion dieser Jubiläumsbroschüre hat einige Persönlichkeiten, die zum einen am Bau der regionalen Planungsgemeinschaft mitwirkten, zum anderen qua Person Zukunft verkörpern, gefragt, was denn 2053, also in 40 Jahren sein wird. Es ist dies der Versuch, die Zukunft zu prophezeien, vorherzusagen ...



Den kleinen Gemeinden Luft belassen

Der wirtschaftliche Erfolg unserer Region ist gepaart mit hoher Lebensqualität. Zu den Herausforderungen der kommenden Jahre zählen die weitere Gestaltung von Entwicklungsräumen für Siedlung und Gewerbe einerseits und andererseits die immer knapper werdenden Flächenressourcen. Dabei gilt es, gerade auch den kleinen Gemeinden Luft zur weiteren Entwicklung zu lassen. Ein neues Aufgabenfeld ist die Beteiligung der Menschen bei großen Infrastrukturprojekten. Bürgerbeteiligung und Bürgerakzeptanz sind unumgänglich. Wie wichtig Moderation und Koordination sind, führt aktuell die Energiewende und damit die Ausweisung von Flächen für die Windkraft deutlich vor Augen.

Sarina Pfründer, Sulzfeld. Im Jahr 2010 wurde die damals 30-Jährige als jüngste Bürgermeisterin im Land zur Rathauschefin der Kraichgau-Gemeinde Sulzfeld (knapp 5.000 Einwohner) gewählt. Zuvor war sie als Hauptamtsleiterin im schwäbischen Brackenheim tätig.

Die Attraktivität bleibt!

Im Jahre 2053 werde ich über 120 Jahre alt sein. Das ist denkbar, weil Menschen auch und gerade in dieser ausgeglichenen Region viel älter werden. Die Bevölkerungszahl wird trotz dramatisch sinkender Geburtenzahlen sogar leicht steigen, denn die Region bleibt attraktiv für viele Menschen als Arbeitskräfte und Denker für Unternehmen aus dem In- und Ausland.

Die Region hat keine gravierenden Ballungsprobleme. Die Sonne scheint freundlich und der kühlende Schwarzwald bringt Ausgleich. Der Verkehr in der Region kennt keine Hindernisse, platzsparende Wohnformen helfen und für den weiträumigen Verkehr stehen der Rhein und die breite Rheinebene für Straßen, Schienen und Schiffe bereit. Fremde werden aufgenommen und sie kommen gerne wie schon zur Zeit der Gründung der Stadt Karlsruhe. Dass aber Karlsruhe wieder Landeshauptstadt wird, ist eine Fata morgana – na und?

Prof. Dr. Gerhard Seiler, ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe – Amtszeit 1986–1998. Seiler war erster langjähriger Vorsitzender der 1987 gegründeten TechnologieRegion Karlsruhe. 1995 wurde er für zwei Jahre zum Präsidenten des Deutschen Städtetags gewählt.



Die Oberrhein-Region ist erneuerbar



In 40 Jahren wird sich die Oberrhein-Region komplett mit erneuerbarer Energie versorgen. Hier scheint viel Sonne, es weht ordentlich Wind, wir haben Bioenergie (in erster Linie Reststoffe!) und genug Erdwärme auf beiden Seiten des Rheins. Schon seit Anfang der Neunziger Jahre stehen in Freiburg die ersten Solar-Plus-Häuser, die mit Hilfe der Sonne mehr Energie produzieren als die Bewohner brauchen. Die Sonne schickt keine Rechnung und scheint auf jedes Dach – umweltfreundlich und für alle Zeit.

Bis zur Mitte des Jahrhunderts werden auch alle Altbauten besser gedämmt sein und dann bis zu 80 Prozent der Heizenergie einsparen. Das ist doppelter Gewinn: Gut für den Geldbeutel und fürs Klima. Der öffentliche Verkehr wird so ausgebaut sein, dass er sich bis 2053 verdreifacht haben wird. Benzin-Autos gehören endgültig der Vergangenheit an. Wer noch ein Auto braucht, fährt elektrisch oder mit solar erzeugtem Wasserstoff.

Dr. Franz Alt, Baden-Baden. Der Journalist und Buchautor ist 1938 in Untergrombach bei Bruchsal geboren, und leitete 20 Jahre lang das Politmagazin „Report“. Seitdem setzt er sich – mit seinem Internetauftritt „Sonnenseite“ – vor allem für erneuerbare Energieträger ein.

Zusammenrücken am Oberrhein war ein Erfolg

Als vor 40 Jahren die Regionalverbände gegründet wurden, waren wir wohl alle sehr hoffnungsvoll, was das Zusammenrücken und die gemeinsame Entwicklung anging. Diese Hoffnung hat sich nach meiner Meinung zu einem großen Teil erfüllt. Das Kirchturm- oder „Vorgartendenken“ ist weniger geworden und das Kennenlernen der Partner und das Zusammenrücken zum Wohl der Bevölkerung ist gewachsen. Ich bin sicher, dass sich dies in der Zukunft fortsetzt und dass in den nächsten 40 Jahren die Region „Mittlerer Oberrhein“ zusammen mit der grenzüberschreitenden Einrichtung „Pamina“ ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Einrichtungen noch verstärken und ihre landschaftlichen Schönheiten erhalten kann und das alles ohne Beeinträchtigung der Selbstverwaltung der Gemeinden.

Gerlinde Hämmerle, Karlsruhe. Die einstige Regierungspräsidentin – Amtszeit 1994–2005 – war bei Gründung des Regionalverbands im Jahr 1973 „die einzige Mutter unter vielen Vätern“. Sie saß 1971 bis 1987 im Gemeinderat und 1987 bis 1994 im Deutschen Bundestag.



Eine Region wie ein liebevoll gepflegter Rebstock



Fängt erst im Jahre 2053 mein Leben an ... mit 66 Jahren? Da mache ich mir natürlich so meine Gedanken. Doch eines weiß ich gewiss, und das wird sich auch nicht ändern: Der Weinbau in unserer Region wird auf jeden Fall in Zukunft aufrecht erhalten und ohne Zweifel exzellente und hervorragende Tropfen hervorbringen. Als Weinbauregion Kraichgau bekannt, genießt man im Land der 1.000 Hügel, zwischen Wiesen, Wäldern und Weinbergen, den heimischen Wein ... bestimmt auch noch in 40 Jahren.

40 Jahre sind gar nicht so lange, denn selbst ein Rebstock kann dieses Alter erreichen und bringt richtig gehaltvolle und edle Weine hervor, bei liebevoller Pflege. Hugh Johnson, ein englischer Weinkritiker, ließ uns einst wissen: „Weintrinker sehen gut aus, sind intelligent, sexy und gesund!“ Und wer träumt nicht davon, auch noch in 40 Jahren, ein Weintrinker zu sein?

Katharina Zimmer, Östringen. Die gelernte Winzerin aus dem Landkreis Karlsruhe und Studentin der Weinbetriebswirtschaft wurde im Juli 2012 in Freiburg zur 63. Badischen Weinkönigin 2012/13 gewählt. Zuvor war sie schon kurpfälzische Weinkönigin.

Kreativ und zu Höchstleistungen beflügelt

Ob die Rosen geschnitten oder Hosenknöpfe angenäht werden müssen – Armar weiß, was zu tun ist und erledigt es zuverlässig. Der vom KIT entwickelte humanoide Roboter gehört zur Standardausrüstung der Haushalte in der Region. High Tech prägt den Alltag der Menschen. Und doch ist ihnen im Jahr 2053 das unmittelbare Natur- und Kulturerlebnis so wichtig wie nie zuvor. Hier am Oberrhein finden sie dafür die besten Voraussetzungen: eine nach wie vor durch Vielfalt faszinierende Landschaft, ein reiches historisches Erbe und zahlreiche Laboratorien, die neue Kreative zu Höchstleistungen beflügeln.

Annette Borchardt-Wenzel, Karlsruhe. Die Historikerin befasst sich seit vielen Jahren leidenschaftlich mit der Geschichte des Landstriches Baden. Hauptberuflich ist die Journalistin seit mehr als zehn Jahren Leiterin der BNN-Redaktion „Der Sonntag“.



Anlaufstelle für die Besten der Welt



So viel anders wird die Region in 40 Jahren nicht aussehen. Sie zählt weiterhin zu den erfolgreichsten und dynamischsten Regionen im internationalen Vergleich. Die Unternehmen sind dank ihrer Innovationskraft die Gewinner der Globalisierung, die Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind Anlaufstelle für die besten Köpfe aus der ganzen Welt. Damit ist die Grundlage für weiteres Wachstum und weiteren Wohlstand gelegt. Und das alles nur, weil die handelnden Personen sich Anfang des Jahrtausends nicht auf den Erfolgen ausgeruht haben, sondern weiter in Bildung und Infrastruktur investiert haben.

Wolfgang Grenke, Baden-Baden. Der Gründer der Grenkeleasing AG, einem seit 1978 bestehenden Unternehmen mit weltweit 62 Standorten – davon 25 Vertretungen in Deutschland – und knapp 700 Mitarbeitern ist seit April 2013 Präsident der IHK Karlsruhe.

Übersicht zur Zusammenarbeit in der Region Mittlerer Oberrhein

1969 Gründung **Regionale Planungsgemeinschaft Zentrales Oberrheingebiet** am 6.03.1969

1973 **Gründungsversammlung Regionalverband Mittlerer Oberrhein** am 29.11.1973
Seitdem hat sich die **Verbandsversammlung** sieben weitere Male konstituiert.

1973 **Landrat Dr. Bernhard Ditteney** wird bei der Gründungsversammlung zum ehrenamtlichen **Verbandsvorsitzenden** gewählt. Er wird in den darauffolgenden vier Wahlperioden 1980, 1985, 1990 und 1994 wiedergewählt.

Übergabe der Genehmigungsurkunde zum ersten Regionalplan am 5. Dezember 1980 durch den damaligen Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog an den **Verbandsvorsitzenden Dr. Bernhard Ditteney**.



1974 **Dietrich Schmidt**, der seit März 1970 die Geschäftsführung der **Regionalen Planungsgemeinschaft Zentrales Oberrheingebiet** wahrgenommen hat, wird am 27.02.1974 von der **Verbandsversammlung** erstmals für 8 Jahre zum **Verbandsdirektor** gewählt. Die Wiederwahl erfolgt für die darauffolgenden drei Amtsperioden in 1981, 1990 und 1997.

1974 **Unterzeichnung des Staatsvertrags** zwischen den Ländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung in den Räumen Mittlerer Oberrhein und Südpfalz.

1975 Konstituierende Sitzung der **ARGE Mittlerer Oberrhein/Südpfalz**

1979 Verabschiedung des **ersten Regionalplans** durch die **Verbandsversammlung** am 12.12.1979, **Verbindlichkeitserklärung** durch das Innenministerium am 5.12.1980
Dieser Regionalplan erfährt eine formelle Änderung:
– 1987: Änderung des Regionalplans durch die Ansiedlung der Daimler Benz AG in Rastatt



Planerteam im HAUS DER REGION 1988

1980 Konstituierende Sitzung der **Verbandsversammlung (2. Wahlperiode)** am 13.02.1980

1981 Gründung der **Arbeitsgemeinschaft Touristik Baden-Elsass-Pfalz**

1985 Konstituierende Sitzung der **Verbandsversammlung (3. Wahlperiode)** am 13.02.1985

1985 Verabschiedung des **Landschaftsrahmenplans** durch die **Verbandsversammlung** am 11.12.1985

1990 Aus der AG Touristik-Baden-Elsass-Pfalz wird die **Touristik-Gemeinschaft Baden-Elsass-Pfalz e. V.** – Association touristique Pays de Bade-Alsace-Palatinat. Deren Geschäftsführung wird vom Regionalverband wahrgenommen.

1990 Konstituierende Sitzung der **Verbandsversammlung (4. Wahlperiode)** am 24.01.1990

1990 ARGE Mittlerer Oberrhein/Südpfalz wird um das Nordelsass erweitert.

1992 Verabschiedung der **ersten Gesamtfortschreibung** des Regionalplans „**Regionalplan Mittlerer Oberrhein 1993**“ am 12.02.1992 durch die **Verbandsversammlung**, Verbindlichkeitserklärung durch das Wirtschaftsministerium am 14.06.1993. Dieser Regionalplan erfährt drei formelle Änderungen:

- 1995: Gewerbegebiet Diedelsheimer Höhe in Bretten und Kompostierungsanlage auf Gemarkung Rheinstetten
- 1996: Konversion Söllingen
- 1996: Gewerbegebiete Bußmatten in Bühl und Storrenacker in Karlsruhe

Zwei zugelassene Planabweichungen:

- 1996 für einen Schulstandort in Bad Mingolsheim
- 1998 für das Gewerbegebiet An der Ochsenstraße in Karlsruhe

1994 Konstituierende Sitzung der **Verbandsversammlung (5. Wahlperiode)** am 12.10.1994

1997 Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung für die **ARGE PAMINA**, die die ARGE Mittlerer Oberrhein/Südpfalz/Nordelsass ablöst.

2000 **Josef Offele** wird bei der konstituierenden Sitzung der **Verbandsversammlung 6. Wahlperiode** am 9.02.2000 zum **Verbandsvorsitzenden** gewählt.



Er wird in den zwei folgenden Wahlperioden 2004 und 2009 in seinem Amt bestätigt.

2001 Beitritt des Regionalverbands als geschäftsführender Gesellschafter zur **Technologie-Region Karlsruhe (TRK)** im Juli 2001

2001 Die **Verbandsversammlung** wählt **Dr. Gerd Hager** am 11.07.2001 zum **Verbandsdirektor**. Er wird am 1.07.2009 für weitere 8 Jahre im Amt bestätigt.

2002 Verabschiedung der **zweiten Gesamtfortschreibung** des Regionalplans „**Regionalplan Mittlerer Oberrhein 2003**“ am 13.03.2002 durch die **Verbandsversammlung**, Genehmigung durch das Wirtschaftsministerium am 17.02.2003. Dieser Regionalplan erfährt bis jetzt folgende formelle Änderungen:

- 2006: Erweiterung des Industriegebietes Gölshausen, Bretten-Gölshausen
- 2006: Erweiterung des Industriegebietes Oberwald, Rastatt
- 2009: im Bereich „Ergänzungsstandort Storrenacker“, Karlsruhe
- 2011: im Bereich „Hardrain-Herrengut-Schulzenloch“, Kuppenheim u. Bischweier

Änderungsverfahren eingestellt:

- 2004: Ehemaliges Erweiterungsgelände Miro/geplantes Gewerbegebiet Hub, Karlsruhe

– 2007: „Golfplatz Bad Schönborn“

Sowie folgende Fortschreibungen:

- 2004: Teilfortschreibung Kapitel 4.2.3 Erneuerbare Energien
- 2006: Teilfortschreibung Kapitel 2.5.3 Regionalbedeutsamer Einzelhandel



- 2006: Teilfortschreibung Kapitel 3.3.6 Oberflächennahe Rohstoffe
 - 2006: Teilfortschreibung Kapitel 4.2.5 Erneuerbare Energien, Plansatz 4.2.5.3 Vorbehaltsgebiete für regionalbedeutsame Photovoltaikanlagen
- Derzeit werden zwei Regionalplanfortschreibungen (Oberflächennahe Rohstoffe und Erneuerbare Energien) und zwei Änderungsverfahren bearbeitet.

2003 Gründung des grenzüberschreitenden örtlichen **Zweckverbands REGIO PAMINA**, der die ARGE PAMINA ablöst.

2003 Wahl **Josef Offeles** zum **Vorsitzenden des Zweckverbands REGIO PAMINA** für 3 Jahre

2004 Konstituierende Sitzung der **Verbandsversammlung (7. Wahlperiode)** am 08.12.2004

2006 Einrichtung eines **Kooperationsausschuss** zwischen den Regionalverbänden Mittlerer Oberrhein und Südlicher Oberrhein

2008 Festigung der länderübergreifenden **Zusammenarbeit** der Räume **Mittlerer Oberrhein** und der **Südpfalz** durch den Regionalverband Mittlerer Oberrhein und den Verband Region Rhein-Neckar durch die Unterzeichnung eines „Raumordnerischen Vertrages“.

2008 Umbenennung des grenzüberschreitenden Zweckverbands REGIO PAMINA in **EURODISTRICT REGIO PAMINA**

2009 Zum **Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände** in Baden-Württemberg wird **Dr. Gerd Hager** am 17.09.2009 gewählt.

2009 Konstituierende Sitzung der **Verbandsversammlung (8. Wahlperiode)** am 16.12.2009

2010 Zum **Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände** in Baden-Württemberg wird **Josef Offele** am 28.01.2010 gewählt

2011 Gründung des **Initiativkreises Metropolitane Grenzregionen (IMEG)**

2011 Wahl **Josef Offeles** zum **Vorsitzenden des Eurodistricts REGIO PAMINA** für 3 Jahre

2013 Erstmalige Ausschreibung des **Reinhard Baumeister Preises**

2013 **Festakt zum 40. Jahrestag** der Gründung des Regionalverbands Mittlerer Oberrhein am 29.11.2013



Planerteam im
HAUS DER REGION 2013

	1973-1979	1980-1984	1985-1989	1990-1994	1994-1999	2000-2004	2004-2009	2009-2014
Dr. Seckel, Hansjörg								
Segor, Anne								
Prof. Dr. Seiler, Gerhard								
Sickingen, Manfred								
Simon, Ludwig								
Singer, Max								
Skeib, Dieter								
Späth, Dietmar								
Speck, Sabine								
Spengler, Karl-Heinz								
Dr. Splett, Gisela								
Staab, Christiane								
Staib, Alfred								
Stapf, Klaus								
Steger, Werner								
Stober, Bernd								
Prof. Dr. Stöckner, Markus								
Stoltz, Dieter								
Stolz, Gerhard								
Straub, Robert								
Striebel, Hans								
Stumpf, Ernst								
Süss, Dieter								
Tauss, Jörg								
Trautmann, Hans								
Tremmel, Fritz								
Dr. Vetter, Erwin								
Vogel, August								
Dr. Vogt, Hans-Jürgen								
Vöhringer, Norbert								
Wacker, Ursula								
Waldvogel, Jürgen								
Walker, Klaus-Eckhard								
Waltz, Ulrike								
Warth, Reinhard								
Weber, Annelie								
Weber, Manfred								
Wefels-Wissmann, Petra								
Wehrle, Rolf								
Weigt, Sven								
Weiler, Friedrich								
Wein, Robert								

	1973-1979	1980-1984	1985-1989	1990-1994	1994-1999	2000-2004	2004-2009	2009-2014
Wellenreuther, Ingo								
Wendt, Ulrich								
Werler, Peter								
Will, Manfred								
Willy, Hans-Peter								
Windbühl, Erich								
Winter, Josef								
Dr. Würfel, Erich								
Zeh, Michael								
Zickwolf, Heinrich								
Ziegler, Heinz								
Dr. Zosel, Brigitte								

Impressum

Herausgeber



Regionalverband Mittlerer Oberrhein
 HAUS DER REGION
 Baumeisterstraße 2
 76137 Karlsruhe
 Tel. +49 (0) 721-35502-0
 Fax +49 (0) 721-35502-22
 rvmo@region-karlsruhe.de

Autor

Stefan Jehle,
 Journalist und Regional-Wissenschaftler, Karlsruhe

Redaktion

MitarbeiterInnen der Verwaltung des
 Regionalverbands Mittlerer Oberrhein

Gestaltung

B.M.Design, Gabi Koch, Stuttgart

Druck

GO Druck Media Verlag, Kirchheim/Teck

Bildnachweis

- S. 2, Regionalverband Mittlerer Oberrhein,
Foto: Peter Sandbilller
- S. 8, 9, Regionalverband Mittlerer Oberrhein
- S. 13, Stefan Jehle
- S. 15 (oben), Regionalverband Mittlerer Oberrhein,
Foto: Reporta Seith VDS
- S. 15 (unten), Regionalverband Mittlerer Oberrhein,
Foto: Silke Voss
- S. 16 (oben), Daimler AG
- S. 16 (unten), PAMINA-Rheinpark e.V.,
Foto: Alfred Schleicher

- S. 18, 20, Baden-Airpark GmbH
- S. 21, Karlsruhe Messe und Kongress GmbH,
Foto: Jürgen Rösner
- S. 22, Karlsruhe Messe und Kongress GmbH,
Foto: Andrea Fabry
- S. 22, Karlsruhe Messe und Kongress GmbH
- S. 24, Touristik-Gemeinschaft Baden-Elsass-Pfalz e.V.
- S. 26 (oben), Regionalverband Mittlerer Oberrhein,
Foto: Wagner
- S. 26 (unten), Eurodistrict REGIO PAMINA,
Foto: Simon Deprez
- S. 29, Regionalverband Mittlerer Oberrhein,
Foto: Uli Deck
- S. 31, Regionalverband Mittlerer Oberrhein
- S. 32 (oben), Stefan Jehle
- S. 32 (unten), Touristik-Gemeinschaft Baden-Elsass-Pfalz,
Foto: Jörg Donecker
- S. 33, Grafik: SIGRS/GISOR 2011
- S. 34, Dr. Christoph Scheck
- S. 36 (oben), Stefan Jehle
- S. 36 (unten), Kraichgau-Stromberg-Tourismus e.V.
- S. 37, Tilo Wiedemann
- S. 38, 40 (o./u.), 41, 42, 44, 45 (oben) Regionalverband
Mittlerer Oberrhein
- S. 45 (unten), Tilo Wiedemann
- S. 46, Stefan Jehle
- S. 47, Sarina Pfründer, Stadt Karlsruhe
- S. 48, Dr. Franz Alt, Gerlinde Hämmerle, Katharina Zimmer
- S. 49, Annette Borchardt-Wenzel, Wolfgang Grenke
- S. 51 (oben), Regionalverband Mittlerer Oberrhein
- S. 51 (unten), Reporta Seith VDS
- S. 52, Roland Fränkle
- S. 53 Regionalverband Mittlerer Oberrhein

Hinweis: In dieser Festschrift wird zumeist die männliche Form eines Begriffes (z.B. „Planer“) verwendet. Die Gründe dafür sind ausschließlich die bessere Lesbarkeit, die Optik sowie der Textumfang. Selbstverständlich bezieht sich der jeweilige Begriff gleichermaßen auf Frauen und Männer.



REGIONALVERBAND MITTLERER OBERRHEIN

Regionalverband Mittlerer Oberrhein
HAUS DER REGION
Baumeisterstraße 2
76137 Karlsruhe
Tel. +49 (0) 721-35502-0
Fax +49 (0) 721-35502-22
rvmo@region-karlsruhe.de

Besuchen Sie uns im Internet:
www.region-karlsruhe.de